

Offene Fragen der Geschichte Band 3

Chronik von 1800 bis 1899

Napoleons Gewaltherrschaft,
Wiener Kongreß,
Kapitalismus,
Kommunismus,
Darwinismus,
Nationalismus,
Preußisch-Österreichischer Krieg von 1866,
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71,
Gründung des Deutschen Reiches,
Imperialismus ...

Band 3/020

Chronik von 1871 bis 1872

1871

Deutsches Reich: Am 18. Januar 1871 wird der preußische König Wilhelm I. von Hohenzollern im Spiegelsaal des Königsschlusses von Versailles in Anwesenheit der meisten deutschen Fürsten zum Kaiser des Deutschen Reiches gekrönt und das Deutsche Reich offiziell erneuert.

Gründung des Deutschen Reiches

Das Deutsche Reich trat im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an, deshalb handelte es sich um keine Neugründung (wie z.B. auch in den Jahren 1919 und 1949), sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme" (x063/419).

Das Amt des "Deutschen Kaisers" war jedoch neu, denn bis 1806 gab es nur "Römische Kaiser".

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den Deutschen Kaiser (x804/-775): >>Deutscher Kaiser, nach Artikel 11 der Reichsverfassung Titel des Oberhauptes des neuen Deutschen Reiches, das seit 18. Januar 1871 besteht; der erste deutsche Kaiser ist Wilhelm I., König von Preußen. Die Bezeichnung der Beherrscher des alten, bis 1806 bestehenden Reiches als deutsche Kaiser ist zwar unrichtig, da jene römische Kaiser und deutsche Könige waren; dennoch ist der Name "deutscher Kaiser" für die deutschen Herrscher von Heinrich I. (919-936) an üblich geworden selbst für solche, welche die römische Kaiserwürde nie erlangt hatten.<<

Die deutsche Kaiserproklamation, die im Spiegelsaal von Versailles stattfand, wurde von den Franzosen als nationale Demütigung empfunden. Bismarck hatte Versailles jedoch nur gewählt, weil Berlin die preußische Vorherrschaft zu deutlich gemacht hätte.

Der Sieg über Frankreich hatte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung entfacht, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte vereinigen.

Der neue deutsche Nationalstaat sollte nicht wieder durch den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn belastet und gefährdet werden, deshalb verzichtete man ausdrücklich auf die Aufnahme der Österreicher. Nach dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg (1866) mußten die

Habsburger erneut schwere Prestigeverluste hinnehmen.

Trotz des großen Widerstandes der katholischen Kirche und der süddeutschen Fürsten, die sich naturgemäß gegen eine Vorherrschaft der protestantischen Preußen wehrten, konnte nach zähen Verhandlungen und der Zusicherung von vielfältigen Sonderrechten schließlich ein Zusammenschluß der deutschen "Nord- und Südstaaten" (ohne Österreich-Ungarn) erreicht werden.

Der preußische König Wilhelm I. erklärt am Abend vor der Kaiserproklamation unter Tränen (x215/340): >>Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens, morgen tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. ...<<



Abb. 39 (x 090/223): Die Kaiserproklamation in der Spiegelgalerie des Schlosses von Versailles am 18. Januar 1871.

Wilhelm I. verkündet während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124):

>>An das deutsche Volk!

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn

seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<

Der badische Großherzog Friedrich I. (1826-1907, damaliger Sprecher der deutschen Fürsten und Unterstützer der "kleindeutschen Lösung") berichtet über die Kaiserproklamation in Versailles (x176/198): >>Um 11.30 Uhr versammelten sich in dem großen Spiegelsaal des Schlosses von Versailles 2.000 Offiziere, Beamte und Geistliche. Als die Fürsten sich dann um den König gestellt und die ganze Versammlung sich ihm zugewandt hatte, nahm der König ein Papier zur Hand und las etwa folgende Ansprache:

Nachdem ihm die deutschen Fürsten und freien Städte die die Kaiserwürde angeboten hätten, erkläre er unter dem Ausdruck des Dankes, die Krone des Reiches für sich und seine Erben annehmen zu wollen.

Nun verlas der Kanzler des Reiches, Bismarck, ein Manifest, und dann kam die Reihe an mich. Ich rief so laut wie möglich in die harrende lautlose Versammlung: "Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm, lebe hoch, hoch, hoch!"

Es begann ein begeistertes sechsfaches Hochrufen, das man gehört haben muß, aber nicht beschreiben kann.<<

Das "Kriegstagebuch 1870/71" des preußischen Kronprinzen berichtet über die Kaiserproklamation in Versailles (x233/100): >>Hauptquartier Versailles, den 18. Januar 1871.

Erst im Laufe der Zeit wird uns das ganze volle Gewicht dessen bewußt, was es heißt, im Prachtsaal von Ludwigs XIV. Schloß zu Versailles die Wiederreinsetzung des auf dem französischen Schlachtfelde geschaffenen Deutschen Reiches sowie die Verkündigung des erwählten erblichen Kaisers mit angeschaut zu haben. ...

Nachdem Seine Majestät eine kurze Ansprache an die deutschen Souveräne ... verlesen hatte, trat Graf Bismarck, der ganz grimmig verstimmt aussah, vor und verlas in tonloser, ja geschäftlicher Art ... die Ansprache "an das deutsche Volk".

Bei den Worten "Mehrer des Reichs" bemerkte ich eine zuckende Bewegung in der ganzen Versammlung, die sonst lautlos blieb.

Nun trat der Großherzog von Baden ... vor und rief mit erhobener Rechten: "Es lebe seine Kaiserliche Majestät der Kaiser Wilhelm I."

Ein donnerndes, sich mindestens sechsmal wiederholendes Hurra durchbebte den Raum, während die Fahnen und Standarten über dem Haupte des neuen Kaisers von Deutschland wehten und "Heil dir im Siegerkranz" ertönte. Dieser Augenblick war mächtig ergreifend, ja überwältigend und nahm sich wunderbar schön aus. ...

Nun brachten die Fürsten einer nach dem andern ihre Glückwünsche dar, welche der Kaiser mit einem freundlichen Händedruck entgegennahm. ... Der Kaiser ... richtete einige Worte im Vorübergehen an die zu beiden Seiten stehenden Offiziere und Mannschaften.

Ich hatte der Musik befehlen lassen, sobald der Kaiser sich zum Verlassen des Saales anschickte, den Hohenfriedberger Marsch zu spielen, so daß Seine Majestät unter diesen herrlichen Klängen von der Versammlung schied, worauf er, von dem Hurra, der Stabswache begrüßt, das Schloß verließ. ...<<

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schreibt am 27. Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/-111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens

und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<

Prinz Otto von Bayern berichtet am 2. Februar 1871 seinem Bruder, König Ludwig II., über die Kaiserproklamation in Versailles (x261/111): >>Ach, Ludwig, ich kann Dir gar nicht beschreiben, wie unendlich weh und schmerzlich es mir während jener Zeremonie zumute war, wie sich jede Phase in meinem Innern sträubte und empörte gegen all das, was ich mit ansah. Lief es doch dem gerade entgegen, für was ich tief innerlich glühe und was ich von Herzen liebe und wofür ich mit Freuden mein Leben einsetze. ...

Welchen wehmütigen Eindruck machte es mir, unsere Bayern sich da vor dem Kaiser neigen zu sehen; ich war eben von Kindheit an so was nicht gewöhnt; mein Herz wollte zerspringen. Alles so kalt, so stolz, so glänzend, so prunkend und großtuerisch und herzlos und leer. ... Endlich drängte man sich durch diese Knäuel zurück und aus dem Saale hinaus. Mir war's so eng und schal in diesem Saale, erst draußen in der freien Luft atmete ich wieder auf. Dieses wäre also vorbei. ...<<

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Die große Mehrheit der Deutschen war begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme rauften sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.



Abb. 40 (x315/110): Das Deutsche Reich (1871-1918).

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat ("ewiger Bund") mit 25 Ländern (22 Fürstentümer und 3 Freie Städte) gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt. Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und

rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß. Das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler. Das preußische Staatsministerium war mit der deutschen Reichsregierung praktisch identisch. Der deutsche Reichskanzler war gleichzeitig preußischer Ministerpräsident. Er war für die Führung der Reichspolitik verantwortlich.

Die deutschen Bundesländer behielten ihre Verfassungen und Parlamente. Alle Bundesländer verfügten weiterhin fast uneingeschränkt über direkte Steuern. Bayern und Württemberg erhielten außerdem Sonderrechte (Heer, Bahn und Post). Die Heeresstärke des Deutschen Reiches betrug 1871 rd. 402.000 Soldaten (ca. 1 % der deutschen Bevölkerung). Von 1871-92 wurde die deutsche Armee nicht vergrößert. Bismarck hielt die deutschen Militaristen, im Gegensatz zu seinen Nachfolgern, "am kurzen Zügel". Für Bismarck hatten nach der Reichsgründung die politischen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang.



Abb. 41 (x070/176): Der Adler des Deutschen Reiches von 1871-1918.

Die damals beliebte Berliner illustrierte Zeitschrift "Gartenlaube" berichtet später über die Reichsgründung (x176/199): >>Es war der größte Tag, welchen Berlin jemals gesehen und wie wir einen größeren zu erleben weder hoffen noch begehren dürfen. Es war ein Fest- und Weihetag der gesamten deutschen Nation, von welchem die Geschichte den spätesten Geschlechtern erzählen wird! ...<<

Der deutsche Historiker Karl Erich Born schreibt später über die Stellung Preußens im Deutschen Reich von 1871 (x176/200): >>Preußen war größer und stärker als alle anderen Bundesstaaten zusammengenommen: Über die Hälfte des Reichsgebietes waren preußisch; die wichtigsten Rohstoffgebiete und Industrien Deutschlands lagen in Preußen; mehr als zwei Drittel des Reichsheeres waren preußische Truppen.

Dem Kaiser standen die Machtmittel, die er als König von Preußen besaß, zu Gebote, und hinter dem Reichskanzler stand die Macht des preußischen Staatsministeriums (d.h. der preußischen Regierung); denn er war ... gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident.<<

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schreibt im Jahre 1871 über die Regierungsform des Deutschen Reiches (x239/149): >>... Wir haben eine konstitutionelle Monarchie, aber wir haben keine parlamentarische Regierung. ...

Auch wenn eine Volksvertretung, wie in Deutschland und Nordamerika, nicht die Kraft besitzt, Minister ein- und abzusetzen, so ist schon ihr Dasein und ihre Debatte, ihre Kritik des Budgets und ihre Befugnisse, mißlungene Gesetzentwürfe zu vernichten, eine höchst bedeutende Schranke gegen jeden willkürlichen Absolutismus der Regierung.

Diese Regierung aber in fester Hand und den Wogen der populären Agitation entzogen zu wissen, erscheint uns ... als unschätzbare Segen.

Deutschland wird auch nach seinen letzten großen Siegen eine höchst gefährdete Stellung in Europa haben zwischen dem rachedurstigen Frankreich, dem ehrgeizigen Rußland, dem schwankenden Österreich.

Was wir in dieser Lage vor allem bedürfen, ist Stetigkeit und Sicherheit der Regierung. ...<<

Der deutsche Rechtsanwalt Ulrich Vosgerau berichtet später (im März 2021) über die Verfassung des Deutschen Reiches (x1.032/...): >>**Das bestorganisierte Land der Welt**

- Die Reichsverfassung

Von *Ulrich Vosgerau*

Die Bismarcksche Reichsverfassung vom 16. April 1871 ging aus der Verfassung des Deutschen Bundes vom 1. Januar 1871 hervor, durch die ihrerseits die ursprüngliche Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 1. Juli 1867 revidiert worden war. Vom Norddeutschen Bund wurden auch die Reichsfarben schwarz-weiß-rot" (Artikel 55 Reichsverfassung) übernommen. Sie hieß dann Verfassung des Deutschen Reiches (RV 1871) und galt formell bis zum 14. August 1919, dem Tag des Inkrafttretens der Weimarer Reichsverfassung.

Indessen war sie im Zuge revolutionärer Umwälzungen bereits seit dem 9. November 1919 faktisch nicht mehr beachtet worden, wie später die Weimarer Reichsverfassung nach 1933.

Nur sehr wenige deutsche Schüler und Studenten könnten heute noch angeben, daß das Deutsche Reich entweder am 1. Januar 1871 (Inkrafttreten der Verträge) oder am 18. Januar 1871 (Kaiserproklamation) gegründet worden ist. Rechts- und Verfassungshistoriker sehen das übrigens anders. Denn aus juristischer Sicht ist das Deutsche Reich 1871 nicht etwa revolutionär entstanden.

Vielmehr gilt es als Fortsetzung des um die nun beigetretenen süddeutschen Staaten erweiterten, verfassungsrechtlich reorganisierten und umbenannten, aber als völkerrechtliches Subjekt selbstverständlich mit sich selbst weiter identischen Norddeutschen Bundes, der seinerseits, eben am 14. April 1867, durch die Umwandlung eines Militärbündnisses Preußens mit den deutschen Staaten nördlich der Mainlinie in einen echten Bundesstaat entstanden war.

Das heißt, das Deutsche Reich entstand eigentlich schon 1867. Die heutige Bundesrepublik

Deutschland ist völkerrechtlich nicht etwa dessen Rechtsnachfolgerin, sondern mit dem Reich (eben als dem einen und einheitlichen Nationalstaat des Deutschen Volkes) identisch. In Tageszeitungen ist gelegentlich zu lesen, wer das Fortbestehen des Deutschen Reiches behauptet, sei gleichzeitig Verschwörungstheoretiker und Verfassungsfeind.

Dies entspricht aber der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der allgemeinen Ansicht im Völkerrecht. Insofern haben die sogenannten Reichsbürger vom Ausgangspunkt her Recht. Ihr Wahn besteht aber darin, sich ein fortbestehendes Reich als "Parallelstruktur" zur Bundesrepublik vorzustellen. Die Bundesrepublik selbst ist jedoch das Reich. Sie heißt nur anders und hat eine andere Verfassung.

Völkerrechtlich ist das irrelevant: Wenn eine Frau sich verheiratet, hat sie auch auf einmal nicht nur einen anderen Personenstand, sondern oft auch einen anderen Nachnamen, ohne daß deswegen jemand darauf kommt, es sei jetzt eine neue Frau da und diese sei allenfalls Rechtsnachfolgerin der alten. Im Völkerrecht gilt der Grundsatz der Staatenkontinuität, schon um Verträge und Schulden aufrechtzuerhalten. Verfassungswandel, ja selbst Revolutionen sind aus Sicht des Völkerrechts nur (unbeachtliche) "innere Angelegenheiten".

Die paktierte Verfassung

Das Deutsche Reich von 1871 war ein Bundesstaat. Zwar erweckt die Präambel der Verfassung den Eindruck, es handele sich um einen reinen Fürstenbund, also eher um einen Staatenbund als einen Bundesstaat, da die verfassungsgebende Gewalt - sei es der Bundesstaaten, sei es "des Deutschen Volkes" wie im Grundgesetz (GG) - nicht evoziert wird, sondern die Fürsten als Urheber der neuen Reichsverfassung in Erscheinung treten. Dies darf man aber nicht überbewerten.

Es handelt sich um den letzten historischen Ausdruck eines Spezifikums der deutschen Verfassungsgeschichte, nämlich der "paktierten Verfassung". Um die eigentlich bereits seit der Französischen Revolution, spätestens aber seit den Freiheitskriegen, virulente Frage, ob die verfassungsgebende Gewalt (Souveränität) nun beim Fürsten oder beim Volk liege, nicht ausfechten zu müssen, ging man mit einer wiederum typisch deutschen, nämlich juristischen Lösung vor. Das heißt, es werden nur unmittelbar ergebnisrelevante Rechtsfragen entschieden, alle anderen müssen für die weitere Rechtsentwicklung offenbleiben.

Was kein Problem darstelle, so lange sich Fürst und Volk über die Verfassung einig seien. Was die Beurteilung angeht, ist es das alte Lied: Entwickeln die Engländer ihre Demokratie über Jahrhunderte hinweg eher schrittweise, um Blutvergießen zu vermeiden und verwaltungserfahrene Eliten nicht aus dem Land zu treiben, sondern arbeiten zu lassen, so sind sie von westlichen Werten geleitete Evolutionisten beim piecemeal engineering. Tun Deutsche eigentlich dasselbe und betonen dabei die Rechtsstaatlichkeit als Höchstwert, sind sie obrigkeitshörige Schlafmützen, die keine Revolution zustande bringen.

Höchstes Staatsorgan war der Bundesrat, das heißt, die Vertretung der Bundesstaaten. Es ist bezeichnend, daß diese Benennung zur Betonung des föderalistischen Elements auch nach der Umbenennung des Norddeutschen Bundes in Deutsches Reich durch die Verfassung von 1871 fortgeführt wurde. Der Präsident des Bundesrates, verfassungsmäßig der König von Preußen, hieß "Deutscher Kaiser" und nicht etwa "Kaiser von Deutschland".

Die Stimmenanteile der Bundesstaaten im Bundesrat, der freilich von Preußen dominiert wurde (17 von 58 Stimmen; zum Vergleich: Bayern sechs Stimmen, Sachsen und Württemberg je vier Stimmen, Hessen und Baden je zwei Stimmen) waren wie heute schon nach der Bevölkerungszahl gegliedert (Artikel 6 Satz 1 RV; Artikel 51 Absatz 2 GG) und konnten nur einheitlich abgegeben werden (Artikel 6 Satz 2 RV; Artikel 51 Absatz 3 GG).

Im Hinblick auf die Gesetzgebung galt der Satz "Bundesrecht bricht Landesrecht" (Artikel 1 Satz 2 RV; Artikel 31 GG), freilich nur im Rahmen der verfassungsmäßigen Gesetzgebungskompetenzen des Reiches (Artikel 4 RV), die sehr viel enger umschränkt waren als heute die

ausschließlichen und konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen des Bundes. Reichsgesetze kamen durch Mehrheitsentscheidung sowohl im Bundesrat wie auch im Reichstag zustande, wobei es auch im Reichstag stets die Mehrheit der gesetzlichen und nicht wie heute in der Regel nur der anwesenden Mitglieder sein mußte.

Im Hinblick auf die Mitwirkung des Bundesrates bei der Gesetzgebung kannte man noch nicht die heutige Unterscheidung zwischen Zustimmungsgesetzen und Einspruchsgesetzen, was sich zwanglos aus dem eben noch recht übersichtlichen Katalog der Bundeskompetenzen erklärt. Besonders auffällig ist aus heutiger Sicht neben der Mehrheitsregel im Reichstag auch der Umstand, daß die verfassungsrechtlich vorgesehenen Ausschüsse nicht beim Reichstag, sondern beim Bundesrat gebildet wurden.

Dieser war also eine Art "exekutives Arbeitsparlament". Die arbeitsparlamentarische Arbeitsweise - Entwicklung der Gesetzgebung in Ausschüssen, Mehrheit bloß der Anwesenden im Plenum, weil die Mehrheitslage aufgrund der Vorarbeiten feststeht und die Verabschiedung eines Gesetzes in dritter Lesung letztlich meist symbolisch ist - ist seit 1949 diejenige des Deutschen Bundestages.

Das Gesetzesinitiativrecht lag sowohl beim Bundesrat (Artikel 7 Absatz 1 RV) wie beim Reichstag (Artikel 23 RV), wobei Initiativen des Bundesrates zunächst deutlich überwogen.

Denn man darf sich den Bundesrat nicht einfach als Vorgänger des heutigen Bundesrates des Bonner Grundgesetzes vorstellen.

Vielmehr war der Bundesrat des Kaiserreiches, dem der Reichskanzler vorsah und dessen Geschäfte er leitete (Artikel 15 RV), Ländervertretung und "Bundesregierung" zugleich, wobei die Regierungsfunktion des Bundesrates als dessen "Präsidium" bezeichnet wurde (Artikel 11 Absatz 1 RV) und nominell dem Kaiser, in der Sache jedoch dem vom Kaiser zu ernennenden Reichskanzler zustand, der die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers zu ihrer Gültigkeit gegenzeichnen mußte (Artikel 17 Satz 2 RV). Die Gesetzesinitiativtätigkeit des Bundesrates entsprach also eher der der Bundesregierung heute und nicht so sehr der des Bundesrates, die es nach wie vor gibt. ...

Die gewählten Mitglieder des Reichstages waren "Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden" (Artikel 29 RV). Der Reichstag tagte stets öffentlich, seine Mitglieder genossen Immunität und Indemnität (Artikel 30 RV).

Da aber der Reichskanzler dem Reichstag nicht politisch verantwortlich war und von diesem nicht entlassen werden konnte, sondern nur vom Kaiser, ist das Deutsche Reich Bismarcks im Ergebnis ein konstitutionelles und kein parlamentarisches Regierungssystem gewesen - anders als etwa zeitgleich Großbritannien. Aber ein einigermaßen stabiles Regierungssystem war in Deutschland eben wohl auch nur auf konstitutioneller statt auf parlamentarischer Basis möglich, da es, wie schon Max Weber auffiel, an einem etablierten und starken Parteiensystem fehlte, in dem politische Parteien jeweils eine eigene Elite hervorbrachten.

Die deutschen Eliten bildeten sich eher an den Universitäten, in der Beamenschaft oder auch dem Offizierkorps. Die Voraussetzungen waren eben ganz andere als in Großbritannien, und die mal instabilen, mal chaotischen französischen Verhältnisse konnten erst recht kein Vorbild sein.

Im übrigen fällt auf, daß dieselben Historiker, die es Bismarck zum Vorwurf machen wollen, kein wirklich parlamentarisches System errichtet zu haben, heute gegen die zügige Verdrängung der nationalen Parlamentarismen Europas zugunsten einer gemeineuropäischen Brüsseler Exekutivlegislative seit dem Vertrag von Maastricht (1993) und erst recht dem Vertrag von Lissabon (2008) nichts einzuwenden haben, sondern diese nun wieder als demokratischen Fortschritt begrüßen.

Das bestorganisierte Land der Welt

Wie dem auch sei: Das Deutsche Reich von 1871 war rasch nicht nur in naturwissenschaftli-

cher und technischer, sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht das modernste Land der Welt: Krankenversicherung für Arbeiter 1883, Unfallversicherungsgesetz 1884, das Gesetz betreffend Invaliditäts- und Altersversicherung 1889, später dann die Reichsversicherungsordnung 1911 und das Versicherungsgesetz für Angestellte, ebenfalls 1911.

Vor allem Briten und Franzosen platzten schier vor Neid auf diese sozialpolitischen Errungenschaften, die ja gesellschaftliche Stabilität und breite Akzeptanz des Staates auch in proletarischen Kreisen sichern halfen, aber sie konnten nichts Vergleichbares einführen, ihre Produktivität gab es nicht her.

Auf dem Gebiet der Rechtspolitik und der modernen Verwaltung wurden im Bismarckreich durch Modernisierung diejenigen gesetzgeberischen Grundlagen gelegt, die nicht nur den raschen wirtschaftlichen Aufstieg des Kaiserreichs ermöglichten, sondern vielfach bis auf den heutigen Tag - natürlich in modernisierter Form - in Kraft sind und die außerdem, damals noch sehr nah am Original, später dann auch noch das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik Deutschland mit bewirken halfen.

Das gilt für das Gesetz über den Bundeshaushalt und den Rechnungshof von 1867, das Gesetz über die Gleichberechtigung der Konfessionen und die Gewerbeordnung, beide von 1869, das Handelsgesetzbuch von 1897, das GmbH-Gesetz von 1892, die 1877 erlassene Zivilprozeßordnung, das Strafgesetzbuch von 1871 und die Strafprozeßordnung aus dem Jahr 1879, das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb von 1896, das Zwangsversteigerungsgesetz aus dem Jahr 1900 und das Pressegesetz von 1874.

Die moderne Staatlichkeit in Deutschland, die herkömmliche Überlegenheit deutscher Organisation und der Verwaltung in Europa, kommt eigentlich von diesen Gesetzen her, und die Gesetze stammten eben zugleich vom Bundesrat, der bis 1890 von Bismarck dominiert wurde, und vom Reichstag, der eigentlich auf Bismarck piff. Und dies zeigte sich nicht nur in Budgetfragen.

Denn der Höhepunkt der Gesetzgebungsaktivitäten, die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches zum 1. Januar 1900 - nach jahrelanger Vorbereitung seit den 1870er Jahren - ging nicht etwa auf eine Initiative der Reichsleitung zurück, sondern wurde letztlich vom Reichstag ertrotzt. Es gilt bis heute und wurde durch die Schuldrechtsreform von 2002, die unter anderem der Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben dienen sollte, keineswegs besser.

Ob die Deutschen, wie sie heimlich - oder auch unheimlich - und zumal aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrung mit den französischen Nachbarn immer befürchtet haben, ohne die Reichsgründung wirklich früher oder später zu den "Indianern Europas" geworden wären, das können wir nicht wissen. Wir wissen aber heute, daß die Reichsgründung von 1871 ein Glück und vor allem ein großer Fortschritt gewesen ist.

Auf die föderalen, parlamentarischen und rechtsstaatlichen Traditionen der Reichsverfassung, die ihrerseits auf die Entwicklungen im Norddeutschen Bund zurückgegriffen hatten, wurde auch die Bonner Republik von 1949 überhaupt erst gegründet. In China heißt Deutschland bekanntlich "das Land der Tugend".

So einen internationalen Status würde die heutige Bundesrepublik, trotz täglich emsigen Bemühens um westliche Werte und Abkehr von allen Sonderwegen, wohl nicht mehr erlangen. Obwohl es ganz Europa die Infrastruktur zahlt, in Afghanistan Brunnen bohrt und Mädchenschulen baut und Millionen von Asylbewerbern aufnimmt. Demgegenüber war das Bismarckreich von 1871 im Gepräge seiner Verfassung für die damalige Welt, nicht nur für China, ganz selbstverständlich: das bestorganisierte und fortschrittlichste Land der Welt.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Gründung des Deutschen Reiches (x057/157-158): >>Das bedeutendste Ereignis des Krieges (1870/71) war die Gründung des deutschen Kaiserreiches. Seit dem Siege von Sedan verhandelte Bismarck mit den süddeutschen Staaten, und schon am 18. Januar 1871 wurde in Versailles König Wilhelm I.

zum erblichen Deutschen Kaiser ausgerufen.

Nach der Reichsverfassung, die aus der Verfassung des Norddeutschen Bundes hervorging, war das Deutsche Reich ein Bundesstaat, der auf Grund freiwilliger Zustimmung der Fürsten und freien Städte 22 monarchische Staaten, 3 freie Städte und das Reichsland Elsaß-Lothringen umfaßte.

Die ausführende Gewalt hatte der König von Preußen als Deutscher Kaiser. Er vertrat das Reich nach außen, berief den Bundesrat und Reichstag und ernannte den Reichskanzler, der dem Kaiser verantwortlich war für die Reichsämtler, die von Staatssekretären geleitet wurden (Konstitutionelle Monarchie).

Die gesetzgebende Gewalt wurde durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt. Die höchste Staatsgewalt hatte der Bundesrat, die Vertretung der verbündeten Regierungen, mit einer Stimmzahl (58), die sich nach der Bevölkerungsziffer richtete. Daneben stand als Volksvertretung der Reichstag, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen aller Männer über 25 Jahre. Der Reichstag umfaßte auch die Vertreter des ganzen Zollvereins und schuf die Zollgrenze.

Den Bundesstaaten war in Kulturfragen große Selbständigkeit gelassen worden; Bayern und Württemberg erhielten Sonderrechte für ihr Heer bzw. ihre Post und für die Besteuerung von Branntwein und Bier. Das Übergewicht im Bundesrat hatte Preußen; sein König war Deutscher Kaiser und sein Ministerpräsident Reichskanzler und Vorsitzender im Bundesrat.

... Die Farben des Deutschen Reiches, Schwarz – weiß – rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen aus dem preußischen Schwarz-Weiß und dem hanseatischen Weiß-Rot.

Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes durch Bismarck erfüllt worden. Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg der Spielball der europäischen Großmächte, war durch die Reichsgründung zu europäischer Machtstellung emporgerückt. Mit der Reichseinheit wuchsen naturgemäß die Aufgaben des neuen Staates. Innere und äußere Gefahren galt es zu beseitigen und das Reich auszubauen zu einem starken Hort der Wohlfahrt und des Friedens.<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schreibt später über die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 (x090/226): >>Die deutsche Nation wertete das Jahr 1871 als einen Höhepunkt ihrer Geschichte. Sie bejahte das von Bismarck geschaffene Kaiserreich, obwohl es ein kleindeutscher Nationalstaat war und die Verfassungsideale der Paulskirche nur teilweise verwirklichte. Auch jenseits der Grenzen, in Österreich und Siebenbürgen, bei den Rußland-Deutschen und emigrierten Achtundvierzigern fand dieser Staat lebhaft Zustimmung. ...

Das Reich war ein "ewiger Bund" von 22 Fürstentümern und drei Freien Städten. Alle diese Staaten hatten eigene Verfassungen und Parlamente, verfügten fast uneingeschränkt über direkte Steuern, Verwaltung, Rechtspflege und Kultus und deckten Fehlbeträge des Reiches durch Matrikularbeiträge (finanzielle Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten). Im Bundesrat wirkten sie bei der Gesetzgebung mit, die grundsätzlich dem aus 397 Abgeordneten bestehenden Reichstag oblag.

Die Führung hatte naturgemäß Preußen inne, das 70 % des Reichsgebietes und 24,7 der 41,6 Millionen Einwohner umfaßte. Sein König war der Kaiser. Er besaß zwar kein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Reichstages, ernannte und entließ aber ohne parlamentarische Mitwirkung den Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat und fast immer auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten ausübte. ...<<

Der deutsche Historiker Karlheinz Weißmann berichtet später (im März 2021) über die Gründung des Deutschen Reiches (x1.032/...): >>"**Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!**" ...Die Gegenwart neigt dazu, Gewalt an sich für böse und Nationen für Erfindungen zu halten und die Lehren der Geschichte zu ignorieren. Zu denen gehört auch, daß man in der Politik

entweder handelndes Subjekt oder dulndendes Objekt ist.

Schon bevor er 1862 die Leitung der preußischen Regierung übernahm, bemerkte Bismarck: "Wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, Hammer zu werden." Tatsächlich war Deutschland, wie Schurz bemerkte, nach dem Untergang des alten Heiligen Römischen Reiches kaum mehr als ein "geographischer Begriff", ähnlich Polen oder Italien.

Das erschien im "Völkerfrühling" der 1820er, 1830er, 1840er Jahre, als mit der "Religion der Freiheit" (Benedetto Croce) die Idee der nationalen Selbstbestimmung die Europäer erfaßte, immer weniger erträglich. Aber der Enthusiasmus vor allem der jungen Generation für ein einiges Vaterland konnte doch nicht über die praktischen Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die dem Erreichen dieses Ziels entgegenstanden.

Denn die Zusammenfassung aller Gebiete, "wo immer die deutsche Zunge klang", hätte in der Mitte Europas einen Koloß entstehen lassen, der alle Gegebenheiten des Staatensystems in Frage stellte. Die Unmöglichkeit, die "Deutsche Frage" zu beantworten, war eine wesentlichen Ursache für das Scheitern der Revolution von 1848/49.

Nationalkrieg und nationale Einheit

Eine andere war, daß Preußen sich der Aufgabe verweigerte, das organisierende Zentrum eines - zwar nicht gesamt-, aber kleindeutschen - Nationalstaates zu bilden. Es mochte deshalb für einen Augenblick scheinen, als ob Österreich - die ältere Vormacht - eine letzte Möglichkeit erhalten würde, das deutsche Schicksal zu bestimmen.

Aber dazu kam es nicht. Daraus auf den "deutschen Beruf" Preußens zu schließen, ist aus der Mode gekommen. Doch wer, wenn nicht Preußen, hätte in der Lage sein sollen, aus Deutschland ein politisches Ganzes zu schaffen? Niemand sah das deutlicher als Bismarck. Er wußte, daß das Zusammengehen von Berlin und Wien im Kampf gegen Dänemark um die Befreiung Schleswig-Holsteins nur eine Verschnaufpause bedeutete.

Zwei Jahre später, 1866, kam es zum Zusammenstoß zwischen Preußen und Österreich, den er lange erwartet hatte. Der endete mit dem Sieg Preußens und dem Ausschluß Österreichs aus der Reorganisation des deutschen Raums, der nun im Norddeutschen Bund Gestalt annahm.

Damals begann sich ein Stimmungsumschwung gegenüber Bismarck abzuzeichnen, des "bestgehaßten Mannes" in Deutschland, der sich durch sein Regieren ohne Rücksicht auf das Parlament die tiefe Feindschaft der tonangebenden Liberalen zugezogen hatte. In deren Reihen begann die Einsicht zu dämmern, daß in Bismarcks Äußerung, die großen Entscheidungen kämen nicht durch "Majoritätsbeschlüsse", sondern durch "Eisen und Blut" zustande, eine brutale Wahrheit lag.

Wenngleich die zu verdecken drohte, welche Bedeutung Bismarcks diplomatisches Geschick für den Fortgang der Dinge hatte. In vertraulichem Gespräch äußerte Bismarck 1868 gegenüber Schurz, daß es von ausschlaggebender Bedeutung sei, bei jedem weiteren Schritt mit den Interessen und Empfindlichkeiten der Großmächte zu kalkulieren. Der Krieg gegen Frankreich sei allerdings nicht zu vermeiden. Bismarck hat im Folgenden die kommende Entwicklung ziemlich exakt prognostiziert.

Der wichtigste Faktor, der in Rechnung gestellt werden mußte, war für ihn die Labilität der Herrschaft Napoleons III., des "Abenteurers auf dem Thron". Es werde sich eher über kurz als über lang dem französischen Kaiser das Problem stellen, wie er sein Prestige aufrechterhalten solle, wenn seinem Regime die sichtbaren Erfolge mangelten. Die ließen sich im Grunde nur auf militärischem Gebiet erreichen.

Was Napoleon, so Bismarck, dazu bringen werde, "unter irgendeinem Vorwande Streit mit uns anfangen. Ich glaube nicht, daß er persönlich diesen Krieg herbeisehnt, ich glaube sogar, er würde ihn lieber vermeiden, aber seine unsichere Lage wird ihn dazu treiben. Nach meiner Berechnung wird diese Krisis in etwa zwei Jahren eintreten.

Wir müssen natürlich darauf vorbereitet sein, und wir sind es auch. Wir werden siegen, und

das Ergebnis wird gerade das Gegenteil von dem sein, was Napoleon anstrebt, nämlich die vollständige Einigung Deutschlands außerhalb Österreichs und wahrscheinlich auch der Sturz Napoleons." So ist es gekommen. Wegen einer Nichtigkeit ließ sich Frankreich 1870 zur Kriegserklärung verleiten, überschätzte die eigenen Kräfte und büßte dafür mit einer vernichtenden Niederlage. Der Krieg dauerte zwar bis zum Frühjahr 1871, aber sein wichtigstes Ergebnis stand schon fest, als am 18. Januar der preußische König Wilhelm I. im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde.

Wie Bismarck befürchtet hatte, begann sich zu dem Zeitpunkt die anfängliche internationale Sympathie für die deutsche Seite zu verflüchtigen. Seine Äußerung, die Reichseinigung sei "unter dem bedrohenden Gewehranschlag des übrigen Europa" zustande gekommen, dramatisiert die Lage zwar.

Aber ohne Zweifel weckten die Vorgänge in London und St. Petersburg Mißtrauen. Das hatte auch eine Ursache in der Wahrnehmung, daß der Krieg im Grunde eine Art "Revolution" war, die die Verhältnisse dadurch in Frage stellte, daß es nicht nur um einen preußischen, sondern um einen deutschen Machtzuwachs ging. Lange gültige Deutungsmuster, mit denen man sich die deutschen Verhältnisse erklärte, hatten offenbar ihre Geltung verloren. Bezeichnend war schon gewesen, wie schnell sich die französische Hoffnung, daß die süddeutschen Länder sich im Kriegsfall gegen Preußen wenden würden, als wirklichkeitsfremd erwiesen hatte.

Obwohl es in Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen selbstverständlich Erinnerungen an den "Rheinbund" unter französischem Protektorat gab und man 1866 mit Österreich von Preußen geschlagen worden war, blieb undenkbar, in diesem "Nationalkrieg" die Seite zu wechseln.

Die Begeisterung über die militärischen Erfolge der deutschen Truppen riß sogar die Balten-Deutschen, die Deutschösterreicher und die Deutschen in Ungarn und Böhmen mit. Auf jedes Anzeichen, daß Wien gemeinsame Sache mit Frankreich machen könnte, reagierte die mächtige liberale Bewegung des Habsburgerstaates gereizt. Bismarck mußte den Gesandten des Norddeutschen Bundes in Wien ausdrücklich anweisen, keine Ovationen der Bevölkerung - gemeinhin unter den großdeutschen Farben Schwarz-Rot-Gold - entgegenzunehmen. In den Burschenschaften gab es Pläne, Freikorps zu bilden, um an der Seite der "deutschen Brüder" ins Feld zu rücken, und der Tiroler Dichter Adolf Pichler, auch er ein Veteran der Revolution von 1848, schrieb nach dem Fall von Paris in einem Gedicht:

"Ein Wermutstropfen nur Ein bitterer, floß in unseren Freudenkelch: Daß nicht auch auf den Kämmen der Vogesen, Nicht vor den stolzen Wällen von Paris Die Fahne Hofers flatterte, daß nicht Vergönnt uns ward, die Stützen dort zu laden Und mit dem heißen Blei der Trikolore Aus unseren Bergen einen Gruß zu senden ..."

Angesichts der zentralen Bedeutung, den die Erinnerung an den Kampf gegen Napoleon für das deutsche Nationalbewußtsein hatte, konnte nicht überraschen, daß der Krieg von 1870/71 als Fortsetzung der Befreiungskriege verstanden wurde. Eine Interpretation, der der preußische König zwar mit einer gewissen Reserve gegenüberstand, die er aber durch die Erneuerung des von seinem Vater 1813 gestifteten Eisernen Kreuzes symbolisch anerkannte. Wichtiger als diese Verknüpfung war aber diejenige mit der älteren gesamtdeutschen Geschichte.

Im Rahmen der Proklamation vom 18. Januar 1871 wurde eine Erklärung "An das Deutsche Volk!" verlesen, in der es ausdrücklich hieß, daß man mit diesem Akt, "die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende Deutsche Kaiserwürde erneuern" wolle. Dieses "Zweite" sollte also ausdrücklich als Erbe des "Ersten Reiches" verstanden werden. Ein Moment der Kontinuität lag ohne Zweifel auch darin, daß seine Gründung nicht wie 1849 geplant auf einem demokratischen Willensakt beruhte, sondern auf dem "Ruf", der an den König von Preußen durch die deutschen Fürsten und Freien Städte ergangen war.

Die genauen Umstände dieses "Rufes" sind hier nicht zu behandeln, aber das berühmte Bild

der Proklamation, das Anton von Werner geschaffen hat, bringt den monarchischen, aristokratischen und vor allem den militärischen Charakter der Reichsgründung sinnfällig zum Ausdruck. Die kleine Delegation des Norddeutschen Bundestages, die auch anwesend war, kommt auf dem Gemälde bezeichnenderweise gar nicht vor.

Der Weg in das neue Deutschland

Das war allerdings ein Detail, das für die meisten Deutschen 1871 kaum eine Rolle spielte. Überwältigend war das, was Schurz mit dem Wort von der "herrlichen Zeit" ausgedrückt hat, das nationale Hochgefühl, das in dem Satz zum Ausdruck kam: "Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!" Dieses Empfinden drängte für einen Moment jedes andere in den Hintergrund und legte das Fundament für das, was man in der Folge "Reichspatriotismus" nannte. Sichtbaren Ausdruck fand der in der Beliebtheit der neuen Nationalfarben Schwarz-Weiß-Rot, unter denen die siegreichen Truppen durch das Brandenburger Tor gezogen waren, aber auch in der Verehrung für Wilhelm I. als Kaiser.

Durch den Triumph über Frankreich und die Reichseinigung war die monarchische Staatsform noch einmal legitimiert worden. Nur eine Minderheit auf der äußersten Linken stellte sie in Frage. Dabei blieb es auch in der Folge, in der Regierungszeit seines Sohnes Friedrich Wilhelm, der 1888 als Friedrich III. nur 99 Tage regierte und dann seiner schweren Krankheit erlag, und seines Enkels Wilhelm II., der noch in demselben Jahr den Thron bestieg.

Die Macht, die die Verfassung dem deutschen Kaiser gab, war groß, aber an die zeitgemäßen Formen des Konstitutionalismus gebunden. Wichtiger als das war aber noch, daß der Herrscher als die natürliche Spitze einer hierarchischen Gesellschaft galt. Deren Oberschicht bildeten die Fürsten, die den Kern des "Bundes" ausmachten, der das Reich formal begründete, und die Aristokratie, die nach wie vor über großen Besitz und Privilegien verfügte.

Ein Sachverhalt, der heute mit besonderer Irritation wahrgenommen wird, vor allem, soweit es um den preußischen Adel geht. Allerdings sollte man mit schnellen Urteilen zurückhaltend sein. Denn gibt man die Bedeutung Preußens als Militärmonarchie für die Reichseinigung zu, muß man auch die Bedeutung seines Adels für die Rekrutierung des Offizierkorps anerkennen.

Wenn während des Krieges von 1870/71 der Anteil der gefallenen Offiziere doppelt so hoch war wie der der Mannschaften, so lag die Quote der adeligen gegenüber der der nichtadeligen Offiziere noch einmal beim zweieinhalbfachen. Seit den Zeiten Friedrichs des Großen war der preußische Adel nicht nur zum Dienst, sondern auch zum Sterben im Dienst erzogen worden. Was seinen Niedergang allerdings nicht verhindern konnte.

Die "Verbürgerlichung" des Offizierkorps - in vornehmen Regimentern weiter mit Verbitte- rung gesehen - nahm zu und entsprach einer Entwicklung, die im nichtpreußischen Teil Deutschlands schon weiter gegangen war und faktisch der sozialen Gesamtentwicklung folgte. Tatsächlich war nicht der Adel, sondern das Bürgertum die eigentliche Trägerschicht des neuen Deutschland.

Dessen Bedeutung wuchs parallel zur Industrialisierung. Obwohl die Landwirtschaft - vor allem in "Ostelbien", aber auch in Teilen Nord- und Süddeutschlands - erhebliche Bedeutung behielt, nahmen Verstädterung und Bedeutung des "Sekundären Sektors" nach 1871 in dramatischem Tempo zu.

Es entstanden immer größere Betriebe, Zusammenschlüsse in Gestalt der Syndikate, und bedeutende Unternehmerpersönlichkeiten wie Borsig, Krupp, Siemens, Rathenau, Ballin prägten einen neuen Typus des Wirtschaftsführers. Die Zahl dieser Männer war allerdings eine beschränkte.

Die eigentliche Ausdehnung der bürgerlichen Schicht hatte dagegen mit der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungsbereichs und mithin der Angestelltenschaft, aber auch mit dem ausgesprochenen "Drang nach oben" in der Arbeiterschaft zu tun. Der konnte durch individu-

ellen Fleiß und Anstrengung ebenso zum Erfolg führen wie durch das exzellente Schulwesen des Reichs, dessen "realistische" Zweige stark ausgebaut wurden.

In den Zusammenhang dieser Bildungsexpansion gehörte auch der Sieg über den Analphabetismus; der Anteil derjenigen Erwachsenen, die nicht lesen und schreiben konnten, lag im Reich vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei 0,9 Prozent, dagegen in Großbritannien bei 9,6 Prozent, in Frankreich bei 10 Prozent, in den USA bei 12 Prozent, darunter Farbige mit 49 Prozent und in Italien bei 47 Prozent.

Den Ton innerhalb des Bürgertums gaben Freie Berufe und Unternehmer an. "Bildung und Besitz" garantierten ein Prestige, das nur noch von dem des Militärs übertroffen wurde. Solcher "Militarismus" hatte seine Ursache selbstverständlich in der Bedeutung Preußens für den Aufbau des Reiches - es umfaßte mehr als sechzig Prozent seiner Fläche - und im besonderen Charakter des Gründungsaktes. Es handelte sich allerdings nicht um ein spezifisch deutsches Phänomen, sondern war auch in den übrigen westlichen Ländern verbreitet.

Man kann aus der Verbreitung des Matrosenanzugs als Kinderkleidung und der Verehrung des Reserveleutnants jedenfalls nicht auf einen aggressiven Charakter der Außenpolitik des Reiches schließen. Bismarck achtete sorgsam darauf, jeden Eindruck weitergehender Expansionsabsichten zu vermeiden, und auch für seine Nachfolger im Amt des Reichskanzlers galt das Reich - abgesehen von dem Wunsch nach Kolonialerwerbungen, die im Zug der Zeit lagen - als "saturiert". Obwohl heute regelmäßig der Eindruck des Gegenteils erweckt wird, war die Außenpolitik Deutschlands eher defensiv als offensiv ausgerichtet.

Das tatsächliche Potential des Reiches hatte zuletzt wenig mit kriegerischen Absichten zu tun, viel mit dessen rasantem wirtschaftlichen Aufstieg. Das jährliche Wirtschaftswachstum lag zwischen 1876 und 1895 bei 2,7 Prozent, zwischen 1896 und 1913 bei 3,4 Prozent. Die Geldentwertung war gering, die Arbeitslosigkeit mit ein bis zwei Prozent kaum der Rede wert; die lag dagegen in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg zwischen vier und neun Prozent, in Frankreich sogar zwischen sechs und zehn Prozent.

Beide Länder, die bis zur Reichsgründung einen erheblichen Vorsprung im Hinblick auf die industrielle Entwicklung gehabt hatten, erlebten nun einen schmerzhaften Abstieg. Das galt vor allem für Großbritannien, das seine Spitzenposition einbüßte, die Deutschland übernahm, das nur noch in einem anderen Neuling unter den Wirtschaftsmächten - den USA - einen echten Konkurrenten hatte.

Diese Karriere wirkte umso erstaunlicher angesichts der Rohstoffarmut Deutschlands, das dieses Defizit auch nicht durch überseeische Besitzungen ausgleichen konnte.

Um 1900 konzentrierten sich zwei Drittel des deutschen Imports auf Rohstoffe, während zwei Drittel des Exports Fabrikate waren. Zwar spielten Kohleförderung und Stahlproduktion nach wie vor eine wichtige Rolle, aber für die Zukunft ausschlaggebend waren die chemische und die Elektroindustrie, Felder, auf denen Deutschland wegen seiner bedeutenden Wissenschaftler und Erfinder eine führende Stellung innehatte. Nach Inkrafttreten des Patentgesetzes 1878 waren 5.900 neue Patente angemeldet worden, bis zur Jahrhundertwende wuchs diese Zahl auf mehr als 103.000 an.

Aufschlußreich ist auch die Zahl der Nobelpreise, die deutsche Forscher erhielten: 20 im Vergleich zu acht für Großbritannien, sieben für Frankreich und zwei für die USA. Mediziner und Naturwissenschaftler entdeckten immer neue Stoffe, die an die Stelle natürlicher Substanzen treten konnten. Mit 87 Prozent Weltmarktanteil in Bezug auf Chemie und Pharmazie galt Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg als "Apotheke der Welt". Gleichzeitig wurden technische Möglichkeiten sowie Energiequellen von bis dahin unbekannter Effizienz erschlossen. Mit 8,8 Giga-Wattstunden lag Deutschland 1914 weit vor Großbritannien mit 2,5 und Frankreich mit 2,1 Giga-Wattstunden.

Schon derartige Leistungen sprechen für ein wohlgeordnetes Staatswesen, das den Vergleich

mit anderen nicht zu scheuen brauchte. Verwaltung und Justiz des Reiches arbeiteten schnell, wirkungsvoll und im Allgemeinen frei von äußerer Einflußnahme. Auch die Kooperation der wichtigsten politischen Institutionen - Reichsregierung, Reichstag sowie der von den Einzelstaaten beschickte Bundesrat - verlief normalerweise reibungslos. Die Selbstverwaltung der Kommunen in Preußen galt weithin als vorbildlich.

Die öffentliche Wohlfahrt war in einem Maße ausgebaut, das die übrigen Industriestaaten mit Neid erfüllte. Trotzdem blieben Staatsschulden und Steuerbelastung im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich gering. Der viel gescholtene "Obrigkeitsstaat" sorgte für geringe Kriminalität, und selbst ein notorischer Verächter des Kaiserreichs meinte, daß "in den Städten und Landbezirken ... ein hohes Maß an physischer Sicherheit gewährleistet" wurde, "auch für Arbeiter, auch für Angehörige der nationalen Minderheiten.

Wer angelsächsische Parteidemokratie hoch schätzt, muß auch einmal auf die Dunkelseite des Alltagslebens dort sehen, z.B. auf den Dschungel der Einwandererviertel von New York oder die Lynchjustiz in den amerikanischen Südstaaten, der nach dem Bürgerkrieg jahrzehntelang jeden Tag mindestens ein Neger zum Opfer fiel." (Hans-Ulrich Wehler)

Die breite Zustimmung zur bestehenden Ordnung hatte auch zu tun mit der Möglichkeit zur Beteiligung an den allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen zum Reichstag. Das immer wieder behauptete Demokratiedefizit Deutschlands im Vergleich zu den westlichen Staaten hält jedenfalls keiner Überprüfung Stand.

In den USA waren erhebliche Teile der Einwohnerschaft - vor allem die Nachfahren der schwarzen Sklaven, die Indianer sowie Einwanderer asiatischer Herkunft - faktisch an der Stimmabgabe gehindert; in Großbritannien blieb auf Grund ähnlicher Manipulationen einem Viertel der erwachsenen Männer das Wahlrecht zum Unterhaus versagt.

Außerdem konnte ein Wohlhabender in Folge des "Pluralwahlrechts" Dutzende Stimmen abgeben. Diese Möglichkeit gab es in Frankreich zwar nicht, aber hier wie im Vereinigten Königreich spielten Korruption und Vetternwirtschaft eine entscheidende Rolle für die Zusammensetzung dessen, was man "Volksvertretung" nannte.

Wenn es im Verfassungsaufbau des Reiches ein Defizit gab, dann lag das in der fehlenden Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Das verhinderte die Entstehung einer breiteren Politischen Klasse und förderte die Politikfremdheit des Bürgertums.

Man spürte dieses Defizit durchaus und suchte es etwa in der Flotten- oder Kolonialfrage durch ein besonders forsches Auftreten zu kompensieren. Aber überzeugend wirkte das nicht, eher unsicher und für die Außenwelt irritierend: "Das Biedermeier wollte heroisch sein", urteilte der Historiker Johannes Haller im Rückblick.

Der falsche Krieg und seine Folgen

Man darf diesem Moment allerdings kein übermäßiges Gewicht beimessen. Die Stabilität des Kaiserreichs war hoch, was man auch daran ablesen konnte, daß die massiven inneren Auseinandersetzungen mit dem politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie nach dem Ende der Ära Bismarck beigelegt werden konnten. Das Zentrum zählte in der wilhelminischen Zeit längst zu den "Reichsfreunden", während sich gleichzeitig das Verhältnis der Offiziellen gegenüber dem "Reichsfeind" SPD zu entspannen anfang.

Das hatte auch damit zu tun, daß die Sozialdemokratie zwar an ihrer Klassenkampfrhetorik festhielt, aber tatsächlich von einer revolutionären zu einer Reformpartei geworden war. 1912 stiegen sie zur stärksten Fraktion im Reichstag auf, was der Führung mehr Gelassenheit erlaubte. Im folgenden Jahr stimmte die SPD zum ersten Mal für einen Etat. Zwar blieben die nationalen Minderheiten- vor allem Dänen und Polen - abseits und bildeten eigene Parteien, aber bei der letzten Reichstagswahl vor dem Ersten Weltkrieg erhielt das "französische Lager" in Elsaß-Lothringen nur 3,2 Prozent der Stimmen.

Die Integration der 1871 von Frankreich abgetretenen Gebiete war innerhalb einer Generation

gelingen. Eine Ursache dafür lag sicher im ökonomischen Aufschwung des "Reichslandes", ein anderer in der Bereitschaft Berlins, dessen Sonderstatus nach und nach aufzuheben und 1911 ein Autonomiestatut zu gewähren. Bei Kriegsausbruch erfaßte die Bevölkerung dieselbe nationale Begeisterung, die auch in den übrigen Teilen des Reiches zu beobachten war und den Eindruck vermittelte, als ob das "Augusterlebnis" von 1914 noch einmal den historischen Sinn der Reichsgründung von 1871 bestätigte.

Wer angesichts der hier skizzierten Erfolgsgeschichte des Bismarckreiches die Frage stellt, was seinen Untergang herbeigeführt hat, sieht sich zwangsläufig mit der nach wie vor verbreiteten Deutung konfrontiert, daß es an seinen inneren Widersprüchen und zu recht zu Grunde gegangen sei, weil es als eine Art Fleisch gewordener Anachronismus nicht in den Gang der Geschichte paßte.

Dagegen ist zuletzt vor allem von außen Einspruch erhoben worden. Denn während deutsche Historiker in großer Zahl die Schwarze Legende vom reaktionären Kaiserreich und dessen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs vertreten, gibt es im angelsächsischen Raum einige besonnene Männer, die die Dinge anders sehen.

Zuletzt hat vor allem der Australier Christopher Clark Aufsehen erregt, der die Vorstellung, der permanente "Griff nach der Weltmacht" (Fritz Fischer) sei die eigentliche Agenda deutscher Außenpolitik gewesen, als Teil einer "virtuellen Realität" entlarvte, die von "Germanophoben" in Paris und London und St. Petersburg wirkungsvoll in Szene gesetzt wurde und fatalerweise ihren Einfluß bis heute nicht verloren hat.

Noch einen Schritt weiter ist allerdings der Brite Niall Ferguson, der heute in den USA lehrt, gegangen, der meint, daß 1914 ein "falscher Krieg" begonnen wurde, der den eigentlich erwartbaren Gang der Dinge zum Nachteil nicht nur der Deutschen, sondern der Europäer unterbrochen habe. Folgt man Ferguson, wäre im Fall eines deutschen Sieges keines jener Horrorszenarien Wirklichkeit geworden, die man sich auf Seite der deutschen Gegner ausmalte. Vielmehr "hätte Kontinentaleuropa in etwas umgebildet werden können, das der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, nicht unähnlich gewesen wäre".

Und Ferguson schreibt weiter: "Nach einem deutschen Sieg hätte Adolf Hitler sein Leben wohl als mittelmäßiger Postkartenmaler oder bescheidener alter Soldat in einem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa beendet, über das es in seinen Augen wenig Grund zu Beschwerden gegeben hätte. Lenin hätte sein Wirken in Zürich fortsetzen und ewig darauf warten können, daß der Kapitalismus zusammenbräche - und wäre enttäuscht geblieben.

... Es war auf den Krieg zurückzuführen, daß diese beiden Männer imstande waren, ihren Aufstieg zu vollziehen, um barbarische Tyranneien zu erschaffen, die noch mehr Massenmorde verübten." Hätte das Kaiserreich als moderner deutscher Nationalstaat Bestand gehabt - diese Spekulation sei erlaubt -, die politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts wären der Menschheit wohl erspart geblieben.<<

Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das damalige Nationalbewußtsein der Deutschen (x024/16-17): >>... Während sich bereits im Mittelalter Nationalstaaten ausbildeten, hat das nationale Element in der deutschen Politik bis 1871 nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Die dem "Heiligen Römischen Reich deutscher Nation" (häufig auch "deutscher und welscher Nation") zugrunde liegende Staatsidee war universal, nicht national. Es gab kein nationales politisches Zentrum, das Eigenbewußtsein der deutschen Stämme dominierte gegenüber dem Nationalgefühl. Auch das 1871 geschaffene Bismarck-Reich bildete strenggenommen keinen echten Nationalstaat, da es mit Österreich und der deutschen Schweiz wesentliche Gruppen der deutschen Nation ausschloß. Die nationale Vereinigung der Deutschen vollzog sich also mit jahrhundertelanger Verspätung gegenüber den Nachbarvölkern, und sie gelang nur unvollständig.

Daß die deutschen eine eigene nationalstaatliche Tradition haben, ist jedoch unbestritten, auch wenn sie später beginnt als bei Franzosen, Briten und Spaniern. Sie entstand als Folge der Aufklärung im späten 18. und 19. Jahrhundert – zugleich mit dem Aufkeimen etwa des italienischen und slawischen Nationalismus – und verband sich mit den politischen Idealen des Bürgertums, mit Liberalismus und Demokratie.

Gerade die so achtenswerten demokratischen Wurzeln der deutschen Geschichte sind den Bürgern viel zu wenig bekannt und bewußt, von möglichem Stolz darüber ganz zu schweigen.<<

Der Krieg gegen Frankreich wurde am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet. Während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 kamen insgesamt mindestens 190.000 Menschen um (x056/131).

Der deutsche Schriftsteller Gerhart Hauptmann schreibt später über die Stimmung der Deutschen nach dem Sieg gegen Frankreich (x233/100): >>Bismarck und Moltke, Moltke und Bismarck waren in aller Munde. In der Schule sangen wir "Die Wacht am Rhein", der alte Brendel selbst war festlich erregt. ... Er holte sogar in jeder Gesangstunde seine Schulmeistergeige hervor, was er früher nie getan hatte. Sozusagen mit Ächzen und Krächzen verjüngte er sich.

Zwar noch immer fielen die Worte: Ihr Bösewichter! Du Bösewicht!, aber dann hörte man ihn auch wohl hinausseufzen: Kinder, es ist eine große gewaltige Zeit! - ...

Die Bismarckverehrung meines Vaters ... war rückhaltlos, hatte er doch seine eigenen, vielfach zurückgestellten und verborgen gehaltenen Ideale von 1848 verwirklicht. ... In Bismarcks Größe und Erfolg lag meines Vaters Erfolg, Sieg und Rechtfertigung. ...

Für Deutschland hatte die Kaiserkrönung in Versailles den Wert eines Schöpfungsakts. Es kam über unser Volk ein Bewußtsein von sich selbst.

Es hatte eine Reihe großer Männer, mit Bismarck an der Spitze, hervorgerufen, auf denen die Augen der Welt mit Staunen und Grauen, vor allem jedoch mit Bewunderung ruhten. Der Stolz auf sie, auf ihre Siege, die Siege des Volkes, teilte sich jedem, auch mir kleinem Jungen mit und ich stand nicht an, meinem Blute einen Anteil, ein Mitverdienst an solchen Erfolgen zuzuschreiben. ...<<

Durch den Vorfrieden von Versailles (im Februar 1871) und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsentschädigung zahlen. Elsaß-Lothringen verfügte damals über eine gut ausgebaut, moderne Bergbau- und Textilindustrie.

Bis zur Zahlung der Kriegsentschädigung (in 3 Jahren = 5,0 Milliarden Franc) sollte Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besatzungstruppen zogen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.

Obgleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische Großmachtstellung verfügten, lehnte Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab. Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Johann Jacoby (1805-1877, Arzt und Politiker, von 1863-70 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, gründet 1867 die Tageszeitung "Die Zukunft" und unterstützt ab 1868 die Arbeiterbewegung, seit 1872 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, später wegen seiner politischen Schriften des Hochverrats angeklagt, aber schließlich freigesprochen) lehnt damals die Annexion Elsaß-Lothringens entschieden ab (x239/145): >>Kaum ist von Berlin die Parole ausgegangen, und schon sehen wir, wie aller Orten – in der Presse, in Versamm-

lungen, in Adressen – ein tausendstimmiger Chor sich erhebt, die Annexion von Elsaß und Lothringen zu verlangen.

Vor wenigen Tagen war es noch ein Verteidigungskrieg, den wir führten, ... und heute ... ist es ein Eroberungskrieg, ein Kampf für die Oberherrschaft der germanischen Rasse in Europa! ... Elsaß und Lothringen - sagt man – waren deutsches "Eigentum" und müssen wieder deutsch werden!

Wie, - fragen wir - ... sind etwa die Bewohner dieser Länder ... durch den Krieg rechtlos – sind sie Sklaven geworden? ...

... Halten wir fest an den Grundsätzen des Rechts! ... Sprechen wir es aus, ... daß jede Einverleibung fremden Ländergebiets wider den Willen seiner Bewohner eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker – und daher ebenso verwerflich wie verderblich ist. ...

Nur wer die Freiheit anderer achtet, ist selber der Freiheit wert. ...<<

Der deutsche Dichter Theodor Fontane berichtet im Jahre 1871 über ein Gespräch mit einem Lothringer (x233/101): >>Wir stießen nun an "auf gute Zeiten". ...

Ich sprach dann, halb scherzhaft von den Zeiten, wo ... sein ältester Sohn in der Berliner Garde dienen würde. Im ganzen Land werde man sich bald davon überzeugen, daß man gar keinen so üblen Tausch gemacht habe und daß die deutschen Regierungen im Gegensatz zu den französischen ... ein Gewissen besäßen.

Er hörte mir aufmerksam zu und sagte dann: "Wir wissen wohl, eure Regierung ist gerecht, das ist viel; aber wir sind Franzosen, alle unsere Gefühle gehören Frankreich, und – deutsch werden, niemals!" ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Elsaß-Lothringens von 1871-1879 (x805/582-583): >>(Elsaß-Lothringen) ... Die Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit Deutschland war durch die eigentümliche Stellung, in die es zu dem neuen Deutschen Reiche gebracht wurde, nicht wenig erschwert.

Der Bundesrat beschloß nämlich, Elsaß-Lothringen für ein Reichsland zu erklären, über welches das Reich selbst der Träger der Souveränität war, und dessen Landesgesetzgebung dem Bundesrat und dem Reichstag zufiel.

Doch verlangte der Bundesrat für einige Jahre die Diktatur, welche ihm auch am 3. Juni 1871 vom Reichstag bis zum 1. Januar 1874 bewilligt wurde.

Hierauf wurde das Reichsland nach Abberufung des Generalgouverneurs Graf Bismarck-Bohlen und des Zivilkommissars Kühlwetter nach dem Muster einer preußischen Provinz organisiert. ... Die drei alten Departements wurden in Regierungsbezirke verwandelt, diese wieder in 22 Kreise eingeteilt und am 24. Januar 1873 die Bildung von Kreis- und Bezirkstagen angeordnet.

Die Bevölkerung verhielt sich der deutschen Verwaltung gegenüber teils gleichgültig, teils feindlich. Die Gebildeten sehnten die Rückkehr der französischen Herrschaft herbei, besonders die katholische Geistlichkeit wurde die heftigste Gegnerin Deutschlands, seitdem durch Einführung der allgemeinen Schulpflicht (18. April 1871), durch Beseitigung der Schulbrüder und Schulschwesterinnen aus den Elementarschulen und durch den Erlaß eines Unterrichtsgesetzes (3. Februar 1873) die Macht des Klerus über die Schule auch in Elsaß-Lothringen gebrochen worden war, gleichzeitig in Frankreich aber die Klerikalen zur Herrschaft zu gelangen Aussicht hatten.

Unter dem Terrorismus des Klerus und der Gebildeten, der durch öffentliche und geheime Mittel (so durch die Flugblätter der Elsässer Liga) ausgeübt wurde, wurde bewirkt, daß die Wohltaten der neuen Verwaltung, die bedeutenden Entschädigungen für Kriegsverluste, die Verringerung der Steuerlast, die Verbesserung des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesens, die Abschaffung des Tabakmonopols und dergleichen, gar nicht gewürdigt wurden, dagegen manche notwendige Belästigungen die heftigsten Klagen hervorriefen, so besonders die Ein-

führung der allgemeinen Wehrpflicht und die Ausführung der Optionsangelegenheit.

Auf Grund des Frankfurter Friedensvertrages forderte die Regierung 1872 die Bevölkerung auf, sich bis zum 1. Oktober zu erklären, ob sie Franzosen sein wollten. Dies erklärten nun 160.000, aber nur 50.000 wanderten nach Frankreich aus; die übrigen, darunter viele Unerwachsene, beanspruchten die Vorrechte der Fremden, also Befreiung von der Dienstpflicht, ohne ihren Wohnsitz verlassen zu müssen.

Dies wollte natürlich die Regierung nicht gelten lassen; sie behandelte die trotz der Option Zurückbleibenden als Deutsche und verfolgte mit Strenge alle, die ohne Option sich der Militärflicht entzogen und dann ohne Erlaubnis nach Elsaß-Lothringen zurückkehrten.

Die großen Verdienste, die sich die Regierung durch die Organisation der höheren Schulen und die Errichtung einer Universität in Straßburg 1. Mai 1872 erwarb, fanden selbst bei den Liberalen keinen Beifall, weil die französische Sprache in den Schulen teils abgeschafft, teils beschränkt wurde.

Ja, in den größeren Städten machte sich die Opposition am schärfsten bemerkbar: in Straßburg mußte der Bürgermeister Lauth am 7. April 1873 abgesetzt und acht Tage später der Gemeinderat suspendiert werden, weil sie ... (offen gegen die) Regierung opponierten. Ähnliches geschah später in Metz und Kolmar. Von den im August 1873 gewählten Kreis- und Bezirksräten verweigerten so viele den Eid der Treue, den sie dem Kaiser leisten sollten, daß von 22 Kreistagen nur 14, von den 3 Bezirkstagen nur einer beschlußfähig war und eröffnet werden konnte.

So kam es, daß bei den ersten Reichstagswahlen am 1. Februar 1874: 10 Ultramontane und 5 liberale Protestler gewählt wurden. Die 15 elsässischen Deputierten erhoben bei ihrem Eintritt in den Reichstag am 16. Februar 1874 feierlichen Protest gegen die Annexion, und die Protestler nahmen an den Verhandlungen nicht mehr teil. Eine gemäßigte Haltung zeigten die Kreis- und die Bezirksräte, welche im Sommer 1874 gewählt waren und ruhig und sachgemäß die Geschäfte erledigten. ...

Der Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung zeigte sich bei den beiden Besuchen des Kaisers im September 1876 in Weißenburg und Wörth und im Mai 1877 in Straßburg und Metz, ferner aber in der Bildung einer neuen Partei, der sog. Autonomsten, deren Organ das von Schneegans redigierte "Elsässer Journal" war, und die als letztes Ziel die Regierung des Landes durch das Land selbst im Auge hatten. Bei den zweiten Reichstagswahlen am 10. Januar 1877 eroberten die Autonomsten schon sämtliche unterelsässischen Wahlkreise; die Ultramontanen behielten 6, die Protestler 4.

... Bei den Neuwahlen für den Landesausschuß im Herbst 1879 erlangten die Autonomsten wieder die Majorität, blieben aber an Einfluß weit hinter den Ultramontanen zurück, denen der Statthalter durch Wiedereröffnung des Zillisheimer Seminars entgegenkam.

... Einen Fortschritt in der Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit dem Reich hatte das seit 1879 herrschende Regiment ... nicht aufzuweisen; die Beamten und die eingewanderten Deutschen aber waren verbittert und entmutigt. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke schreibt später über die Annexion Elsaß-Lothringens (x239/144-145): >>Der Gedanke, ... welcher, zuerst leise anklopfend wie ein verschämter Wunsch, in vier raschen Wochen zum Feldgeschrei der Nation wurde, lautet kurzab: heraus mit dem alten Raube, heraus mit Elsaß und Lothringen! ...

Wir schulden dem Weltteil eine dauerhafte Sicherung des Völkerfriedens, und wir werden sie, soweit Menschenkräfte reichen, nur dann erlangen, wenn von den befestigten Pässen der Vogesen deutscher Feuerschlünde in das welsche Land herniederschauen und unsere Heere in wenigen Märschen in die Ebene der Champagne herabsteigen können, wenn ... das geschwächte Frankreich nicht mehr wagen darf, uns anzugreifen. ...

Vor der heiligen Notwendigkeit dieser großen Tage wird die Lehre von dem Selbstbestim-

mungsrecht aller Deutschen, die lockende Losung vaterlandsloser Demagogen, jämmerlich zuschanden.

Diese Lande sind unser nach dem Rechte des Schwertes, und wir wollen über sie verfügen kraft eines höheren Rechtes, kraft des Rechtes der deutschen Nation, die ihren verlorenen Söhnen nicht gestatten kann, sich für immer dem Deutschen Reiche zu entfremden. ...<<

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges (1870/71), der konsequenten Industrialisierung (ab 1872 wurden u.a. die Kohleförderung sowie Eisen- und Stahlverarbeitung erheblich gesteigert) und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatlichen Marktes (1875), begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung.

In der Schwerindustrie entstanden zahlreiche private Großbetriebe (wie z.B. Krupp, Blohm und Voß, AEG, Benz und Daimler Werke). Die rasante Weiterentwicklung der Naturwissenschaften, Technik und Forschung ermöglichte die Errichtung neuer Industriezweige (Arzneimittel, Farbstoffe etc.). Aus den zahlreichen kleinen deutschen Privatbanken entwickelten sich mehrere Großbanken. Der führende Bankplatz wurde die neue Reichshauptstadt Berlin. Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Eisenbahn (nach 1897) verbesserten das deutsche Transportwesen nachhaltig.

Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging. In den großen deutschen Industrievieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien wurden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wanderten Tausende von Polen, Ungarn und Italienern langfristig in das Deutsche Reich ein.

Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nimmt das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.

Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfabrikation im Großbetrieb.

Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum.

Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftsichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<

Im Jahre 1871 beginnt in Deutschland das Zeitalter der Großbanken (x176/207-208): >>Meist schon vor 1870 gegründet, werden sie zu Großbanken erst jetzt; zu Organisationen mit Tausenden von Angestellten, mit Marmorpalästen in der Berliner Friedrichstadt, Tempeln des neuen Gottes: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft.

Sie wachsen an der Industrie, deren Wachstum sie fördern; finanzieren ihre Expansion, beteiligen sich an Neugründungen, gründen selber. Ihre Direktoren sitzen, mitkontrollierend, in den Aufsichtsräten der industriellen Unternehmungen.

In keinem anderen Land, sagen uns die Fachleute, besitzen einige wenige Großbanken einen so entscheidenden Einfluß auf die Steuerung der Wirtschaft wie in Deutschland; dergestalt, daß schließlich beide Machtbereiche, Industrie und Finanzen, wie zu einem einzigen werden.<<

Der deutsche Historiker Hermann Graml schreibt später über die Emanzipation der Juden nach Gründung des Deutschen Reiches (x244/389-390): >>... Obwohl die Juden stets starke Kontingente für die Auswanderung nach Nordamerika stellten, nahm ihre Zahl bis 1871 auf

512.000 zu (1,25 % der Bevölkerung), die der österreichischen Juden mit noch stärkerer Wachstumsrate auf 200.000 (1,5 % der Bevölkerung). Dies ging einher mit einer nicht weniger bemerkenswerten Veränderung der Sozialstruktur, namentlich seit den vierziger Jahren des Jahrhunderts.

Noch 1848 mußten in Preußen rund 65 % und im übrigen Deutschland gar 90 % der Juden ein Dasein am Rande des Existenzminimums fristen, etwa als Kleinsthändler. Bereits 1874 hatten etwa 60 % der in Deutschland lebenden Juden den Aufstieg in die mittleren und oberen Steuerklassen geschafft.

Natürlich hat auch die nichtjüdische Bevölkerung den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Anfänge der Industrialisierung Deutschlands in ähnlicher Weise gespürt. Doch ist unverkennbar, daß die Juden – von der christlichen Umwelt seit vielen Jahrhunderten auf Geldgeschäfte und diverse Formen des Handels beschränkt und eben deshalb mobiler – besonders präpariert waren von der Industrialisierung zu profitieren, von der Vergrößerung und der zunehmenden Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Märkte, von der Intensivierung des Handels, vom Anwachsen des Geldverkehrs und des Kapitalbedarfs, von der Ausbreitung kapitalistischen Wirtschaftens, kurzum von der Modernisierung Deutschlands.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches nahmen Industrialisierung und modernisierende Veränderungen ein geradezu dramatisches und – trotz diverser Krisen und Rezessionen - über Jahrzehnte ungebremstes Tempo an. Auch jetzt waren die Juden, als Gruppe, dem Prozeß am besten gewachsen. In Massen strömten sie nun vom Land in die rasch größer werdenden Städte, um die Chancen in neuen Industrien und Dienstleistungszweigen am Schopf zu packen, um Geschäfte aller Art zu gründen und die Möglichkeiten in den expandierenden Banken zu nutzen.

Proletarische jüdische Existenzen sind zwar nicht verschwunden, waren aber nun das Ergebnis jüdischer Einwanderung aus Osteuropa. Die einheimische Judenheit verwandelte sich in Mittelstand, vielfach in wohlhabendes Bürgertum, ja Großbürgertum, und mancher, der bis zur Vollendung der Emanzipation bereits wohlhabend geworden war, konnte in den stürmischen Wachstumsjahren nach der Reichsgründung ein riesiges Vermögen anhäufen. Eine ständig steigende Zahl von Juden machte überdies den Schritt von der Emanzipation zur Assimilation. ...<<

Preußen: Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 ist Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen muß. Vor allem in Preußen entwickelt sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpft Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedroht z.B. regierungskritische Prediger mit Gefängnisstrafen.

Das preußische Staatsministerium fordert am 30. Juni 1871 die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium (x056/267): >>Die ultramontane Partei (Zentrum) hat in der jetzt beendeten Session des ersten Deutschen Reichstages zu einer Zeit des höchsten patriotischen Aufschwunges der Nation deutlich gezeigt, daß die Herrschaft des unfehlbaren Papstes und des blind gehorchenden Klerus ihr entschiedenes Ziel ist, daß sie die Regierung bekämpft, wenn sie sich nicht jener Herrschaft beugt, daß sie das Deutsche Reich unter einem evangelischen Kaiser als eine Institution ansieht, zu deren Bekämpfung das Bündnis mit den revolutionären Elementen nicht zu verschmähen ist.

Alle Wohltaten ... hindern jene Partei nicht, sich mit Feinden der Regierung aus den verschiedensten Lagern zu verbinden.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des preußischen Staates von 1871-1888 (x813/377-379): >>(Preußen) ... Das vom vatikanischen Konzil gebil-

ligte Unfehlbarkeitsdogma gab zu Differenzen zwischen dem römischen Klerus und der preußischen Regierung Anlaß, da diese das Verlangen der Bischöfe, gegen Lehrer, die das Dogma nicht anerkannten, einschreiten, ablehnte und die vom Bischof von Ermland über einen ... Religionslehrer ... in Braunsberg, verhängte Suspension für ungültig erklärte.

Gleichzeitig forderten die Ultramontanen im ersten deutschen Reichstag, daß derselbe sich für Wiederherstellung des Kirchenstaates ausspreche und die Artikel der preußischen Verfassung über die Freiheit der Kirche in die Reichsverfassung aufnehmen.

Die Ablehnung dieses Verlangens durch Bismarck veranlaßte die Ultramontanen zu drohenden Äußerungen, die bewiesen, daß die bisherige Rücksicht gegen die Kirche nur die Herrschsucht und die Anmaßung derselben gesteigert habe, und daß es Zeit sei, ihr entgegenzutreten.

Daher wurde am 8. Juli 1871 die katholische Abteilung des Kultusministeriums, welche seit ihrem Bestehen 1841 die Staatsgesetze den Interessen der römischen Kurie bereitwilligst geopfert hatte, aufgehoben und am 22. Januar 1872 Falk an Stelle Mühlens zum Unterrichtsminister ernannt.

Derselbe begann seine gesetzgeberische Tätigkeit mit dem Schulaufsichtsgesetz von 1872, welches alle Schulen der Aufsicht des Staates unterwarf, schloß die Mitglieder geistlicher Orden vom öffentlichen Lehramt aus, beschränkte den polnischen Unterricht und ernannte in den katholischen Provinzen weltliche Schulinspektoren, während zahlreichen katholischen Geistlichen die Schulaufsicht entzogen wurde.

Durch Reichsgesetz wurden die Jesuiten ausgewiesen und 1873 die ersten organischen Gesetze, die sogenannten Maigesetze, über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über den Austritt aus der Kirche, die kirchliche Disziplinargewalt, die Errichtung eines Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten und über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel erlassen.

1874 folgten die Einführung der Zivilehe und der Zivilstandsregister sowie ein Gesetz über die Verwaltung erledigter Bistümer.

Die Bischöfe protestierten auf wiederholten Versammlungen in Fulda gegen diese vom Staat einseitig erlassenen Kirchengesetze und erklärten, sie nicht befolgen zu können. Die ultramontanen Parteiführer nahmen den "Kulturkampf" mit Energie auf, und in Vereinen und in zahlreichen Kaplansblättern, von der Kanzel und im Beichtstuhl wurde das katholische Volk gegen die Regierung, welche ihm den Glauben rauben wolle, aufgehetzt.

Die Geistlichen, welche den Staatsgesetzen zu gehorchen geneigt waren, wurden durch die Presse terrorisiert. Aber auch die Regierung ging energisch vor, ließ den Erzbischof Ledochowski von Posen 1873 wegen Widerstandes gegen die Staatsgesetze verhaften und ihn sowie die meisten anderen Bischöfe absetzen.

Als auch Papst Pius IX. sich einmischte und am 7. August 1873 einen anmaßenden Brief an Kaiser Wilhelm richtete, den dieser am 3. September würdevoll beantwortete, ja sogar am 5. Februar 1875 in einer Enzyklika an die preußischen Bischöfe die preußischen Kirchengesetze für ungültig und den Gehorsam gegen dieselben als ungerechtfertigt erklärte, wurde am 22. April das Gesetz über Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen (das sog. Sperr- oder Brotkorbgesetz) erlassen, Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung aufgehoben, welche über die Freiheit der Kirche handelten, und durch weitere Maigesetze die Orden ausgewiesen sowie die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden einer zu wählenden Vertretung übertragen; das letzte Gesetz wurde von den Bischöfen anerkannt.

Die Bildung altkatholischer Gemeinden wurde gestattet und ihnen ein Anteil am katholischen Kirchenvermögen eingeräumt, wie denn auch der altkatholische Bischof Reinkens 1873 eine staatliche Dotation erhielt. ...

Obwohl die katholische Kirche durch die Maigesetze empfindlich litt, zahlreiche Pfarrstellen

unbesetzt blieben, die Einbehaltung der Staatsleistungen (2.700.000 Mark jährlich) die Gläubigen zu großen Opfern nötigte und der Nachwuchs an jungen Priestern ausblieb, da die Kandidaten das vorgeschriebene Staatsexamen (Kulturexamen) nicht machen durften: so verstand sich der Klerus, von wenigen Ausnahmen abgesehen, doch nicht zum Gehorsam und wußte auch einen großen Teil des Volkes an sich zu fesseln; durch Wundergeschichten suchte man den Fanatismus der Menge zu schüren und die Hoffnung auf den endlichen Sieg der Kirche zu nähren.

Bei allen Neuwahlen behauptete die ultramontane Partei des Zentrums unter des Welfen Windthorst Führung ihren Besitzstand und rächte sich durch die heftigste Opposition im Reichstag und Landtag an der Regierung für die Maigesetzgebung.

Durch den heftigen Kampf mit der ultramontanen Partei sah sich die Regierung genötigt, ihre Stütze bei den die Mehrheit im Abgeordnetenhaus beherrschenden Liberalen zu suchen, zumal die Strengkonservativen von der Richtung der Kreuzzeitung den ersten Kirchengesetzen entschiedenen Widerstand entgegengesetzt hatten.

Daher erfüllte die Regierung einen schon früher ausgesprochenen Wunsch der Liberalen nach einer Verwaltungsreform und legte 1872 dem Landtag eine neue Kreisordnung für die östlichen Provinzen (Preußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg und Sachsen) vor, welche die gutsherrliche Polizei ... abschaffte und eine auf zweckmäßig geregelten Wahlen beruhende Selbstverwaltung einführte.

Dieser folgten 1875 eine Provinzialordnung für die fünf östlichen Provinzen, die Dotierung derselben und die Einsetzung von Verwaltungsgerichten, 1876 das Kompetenzgesetz, das Gesetz über die ausschließliche Geltung der deutschen Sprache als staatlicher Geschäftssprache und die Teilung der Provinz Preußen in Ost- und Westpreußen. ...

Bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus wurde 1879 auch die liberale Mehrheit beseitigt und der Regierung die Möglichkeit gewährt, sich bald auf eine konservativ-nationalliberale, bald auf eine konservativ-ultramontane Majorität zu stützen. Das wichtige Gesetz über die Erwerbung von vier großen Privateisenbahnen, ... wurde mit der Hilfe der Nationalliberalen durchgebracht; ihm folgten in den nächsten Jahren weitere Gesetze über den Ankauf fast aller noch vorhandenen Privatbahnen und den Bau neuer Staatsbahnen, durch welche das jetzt vorhandene Staatsbahnnetz in Preußen geschaffen wurde.

Da es jedoch Bismarck hauptsächlich darauf ankam, seine Steuerpläne, besonders das Tabakmonopol, im Reichstag durchzubringen, und ihm dies nur möglich schien, wenn es gelang, das Zentrum auf seine Seite zu bringen oder zu sprengen, so wollte er durchaus den Kulturkampf beenden und die ... Maigesetzgebung im Notfall preisgeben, zumal da sowohl die Konservative als die Fortschrittspartei sich vom Kulturkampf losgesagt hatten und selbst die Nationalliberalen eine systematische Revision der Maigesetze für zweckmäßig erklärten.

Eine Verständigung mit der römischen Kurie war nicht aussichtslos, da der neue Papst, Leo XIII., seinen Wunsch nach friedlicher Vereinbarung geäußert und bereits Verhandlungen mit Bismarck angeknüpft hatte.

Es wurde daher ein neuer preußischer Gesandter beim päpstlichen Stuhl ernannt, 1880, 1882 und 1883 drei Kirchengesetznovellen im Landtag eingebracht und nach langen Verhandlungen auch genehmigt und auf Grund derselben das Sperrgesetz für die meisten Bistümer aufgehoben und die durch Tod erledigten neu besetzt, die abgesetzten Bischöfe von Limburg und Münster begnadigt.

Zwei neue kirchliche Gesetze von 1886 und 1887 beseitigen den übrigen Teil der Maigesetzgebung, welcher von der Kirche nicht gebilligt wurde, wogegen der Papst die Anzeigepflicht und das staatliche Einspruchsrecht anerkannte; auch gab derselbe seine Zustimmung, daß die Erzbischöfe Melchers und Ledochowski, welche Preußen nicht wieder zuzulassen erklärte, abdankten, worauf in Posen und Kulm deutsche Bischöfe eingesetzt wurden. Der Friede mit

der Kurie war so hergestellt; das Zentrum wurde aber nicht gesprengt, auch nicht geschwächt, sondern nur zu einer maßvolleren Haltung veranlaßt. ...

Die Verwaltungsreform wurde allmählich auf alle Provinzen außer Posen ausgedehnt. Für die teilweise polnischen Provinzen, wo durch den deutschfeindlichen Einfluß der katholischen Geistlichkeit und massenhafte Einwanderung aus Polen das Deutschtum gefährdet war, wurde 1886 der Beschluß gefaßt, deutsche Ansiedelungen auf bisher polnischen Grundbesitz anzulegen, und 100 Millionen dazu vom Landtag bewilligt. Viele Eingewanderte wurden ausgewiesen, der deutsche Unterricht durch besondere Gesetze in Posen, Westpreußen und Oberschlesien gefördert.

Für die materielle Entwicklung des Staates war es wichtig, daß der Landtag 1886 den Bau des Rhein-Emskanals genehmigte und den preußischen ... (Beitrag) zu den Kosten des Nordostseekanals bewilligte. 1888 wurden erhebliche Summen für die Regulierung der östlichen Ströme und für die Unterstützung der durch Überschwemmung geschädigten Landesteile ausgesetzt ...

Wilhelm I. starb am 9. März 1888, worauf der Kronprinz Friedrich Wilhelm als Friedrich III. den Thron bestieg. Derselbe konnte jedoch seine Regierungsgrundsätze, welche er in einem Erlaß an Bismarck kundgab, nicht durchführen, da er an einem Kehlkopfleiden schwer erkrankt war ...

Als Friedrich III. schon am 15. Juni seinen Leiden erlag, folgte ihm sein ältester Sohn als Wilhelm II. und leistete, die Fortführung der Regierung im Sinn seiner Vorfahren gelobend, am 27. Juni vor dem Landtag den Eid auf die Verfassung. ...<<

Rußland: Der russische Panslawist und Kulturkritiker Nikolai Danilewski schreibt im Jahre 1871 (x056/299): >>Rußlands Aufgabe ist die Befreiung aller Slawen, die unter fremden Jochen seufzen, und die Bildung des großen Slawenreiches. Hauptziel dieses Kampfes ist der Besitz Konstantinopels. Er muß sich direkt gegen die Türkei und das Habsburger Reich wenden und kann nur mit ihrer Vernichtung enden. ...<<

Frankreich: Die "Pariser Kommune" ruft am 5. April 1871 in Paris zum bewaffneten Widerstand auf, um die im Februar 1871 gewählte Nationalversammlung zu stürzen (x176/215): >>Bürger von Paris!

Wir sind jetzt zu den großen Tagen erhabenen Heldentums und größter Tugend zurückgekehrt! Das Glück des Landes, die Zukunft der ganzen Welt liegen in eurer Hand. Auf euch wartet der Segen oder der Fluch künftiger Generationen. Arbeiter täuscht euch nicht:

Wenn ihr es müde seid, in Unwissenheit dahinzuvegetieren und im Elend zu verkommen, wenn ihr wollt, daß eure Kinder Menschen seien, die aus ihrer Arbeit Nutzen ziehen, und nicht eine Art besonders dressierter Tiere für die Fabrik oder den Kampf ...

Wenn ihr nicht mehr wollt, daß Ausschweifungen und Elend die Männer in die Hände der Polizei und die Frauen in die Arme der Prostitution treiben, wenn ihr schließlich wollt, daß die Gerechtigkeit herrsche, dann Arbeiter, seid klug, erhebt euch und schleudert mit kräftiger Hand die schmutzige Reaktion zu Boden!

Bürger von Paris, Kaufleute, Gewerbetreibende, Kleinhändler, Gelehrte, ihr alle schließlich, die ihr arbeitet und ehrlich eine Lösung der sozialen Probleme sucht, das Zentralkomitee beschwört euch, einig voranzumarschieren.<<

Der deutsche Arbeiterführer August Bebel spricht am 25. Mai 1871 im Deutschen Reichstag über die Pariser Revolution (x239/147): >>Seien sie überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris.

Und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache uns in Europa noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats:

Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang! der Schlachtruf des gesamten Proletariats sein wird. ...<<

Nach Abschluß des französisch-deutschen Krieges verhindert Maurice de Mac-Mahon (1808-1893, französischer Marschall, von 1873-79 Ministerpräsident und "Platzhalter der französischen Monarchie") die Machtergreifung der radikalen Kommunisten und Sozialisten. Mac-Mahon läßt den Aufstand der "Pariser Kommune" (18. März bis zum 28. Mai 1871) gnadenlos durch französische Truppen niedergeschlagen. Der Aufstand der "Pariser Kommune" fordert etwa 25.000-30.000 Todesopfer (x122/426, x061/383).

Am 29. Mai und am 31. Mai 1871 berichtet die Londoner Zeitung "Times" über die gnadenlose Niederschlagung des Aufstandes der "Pariser Kommune" (x122/426): >>... Die Kriegsgesetze! Sie sind milde und christlich gegenüber den unmenschlichen Gesetzen der Rache, unter denen die Versailler Truppen während der letzten 6 Tage Gefangene, Frauen und Kinder, erschossen, erstochen und aufgeschlitzt haben. Soweit wir uns erinnern können, hat es in der Geschichte nichts Vergleichbares gegeben. ...

Die Franzosen füllen die dunkelste Seite im Buch ihrer Geschichte und der Weltgeschichte. Die Anklage ruchloser Grausamkeit beschränkt sich nicht mehr auf eine Partei oder eine Klasse. Die Versailler Truppen scheinen die Kommunisten (!) in ihrer reinen Vergeudung von Menschenblut übertreffen zu wollen.<<

Ein französischer Historiker schreibt später über den Bürgerkrieg im Jahre 1871 (x176/216): >>Der Kampf während der "Blutigen Wochen" wurde mit der Leidenschaft eines Bürgerkrieges geführt. Straße um Straße mußte gewonnen werden. ... Öffentliche Gebäude wie die Tuileries und das Hotel de Ville wurden niedergebrannt.

480 Geiseln, darunter der Erzbischof von Paris, erschossen, während andererseits die Regierungstruppen Gefangene kurzerhand niedermachten und Standgerichte gegen 20.000 Todesurteile vollstrecken ließen. Kriegsgerichte besorgten anschließend die Verurteilung der Aufständischen. ... 36.000 Communards kamen vor 26 Kriegsgerichte, etwa 10.000 wurden zu Zwangsarbeit, Deportation, Verbannung und Gefängnis verurteilt; von 93 Todesurteilen sind 23 vollstreckt worden. ...<<

Ein französischer Historiker schreibt später über die standrechtlichen Massenerschießungen von Aufständischen (x075/170): >>... Es wird ihnen befohlen, sich vor einem langen und tiefen, bereits mit Leichen gefüllten Graben in 2 oder 3 Reihen aufzustellen. Eine Batterie Maschinengewehre eröffnet das Feuer. Ob tot oder nur verletzt, alle rollen in den Graben, in dem Matrosen den Sterbenden mit der Muskete den Rest geben. Dann werden sie alle miteinander unter ungelöschtem Kalk begraben.<<

Ein Mitglied der Aufständischen rechtfertigt später die Erschießung der Geiseln (x176/216): >>Wir hegten keine Feindschaft gegen die Geiseln und würden sie auch nicht erschossen haben, wenn Mac-Mahons (Befehlshaber der Regierungstruppen) Heer Paris nicht in einen Riesenfriedhof verwandelt hätte. Die sogenannte reguläre Armee hat 35.000 Menschen hingeschlachtet; wir haben nur hundert erschossen, aber natürlich sind wir die Mörder, wahrscheinlich, weil wir die Besiegten sind. ...<<

Nach der bitteren Kriegsniederlage (1870/71) und der Niederschlagung des Aufstandes der "Pariser Kommune" gründen die Franzosen am 31.08.1871 ihre "III. Republik". Nach diesen schweren Erschütterungen halten die Regierungen meistens nicht lange durch. Von 1871 bis 1914 werden in Frankreich etwa 50 Regierungen gebildet (x069/75).

Obwohl die deutschen Truppen alle vorübergehend besetzten französischen Provinzen fair und gerecht verwalten, vertiefen sich die deutsch-französischen Gegensätze. Bismarck begünstigt sogar von 1879-1897 die Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes, aber die französische Grundeinstellung bleibt trotz alledem unversöhnlich. Nachdem sich Frankreich von der militärischen Niederlage gegen die Deutschen erholt hat, erhöht man innerhalb von weni-

gen Jahren den französischen Heereshaushalt um 3,0 Mrd. Franc (x063/446).

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erweist sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten halten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müssen, ständig wach. Bis 1918 verlassen etwa 128.000 Franzosen Elsaß und Lothringen (x056/245).

Zu den französischen Vertretern des "verdeckten Revanchismus" gegenüber Deutschland zählen damals u.a. Léon Gambetta und der spätere französische Kriegsminister George Clemenceau sowie bekannte Schriftsteller und Historiker.

Der Politiker Léon Gambetta (1838-1882), der Schriftsteller und Historiker Edgar Quinet (1803-1875) sowie der Historiker Jules Michelet (1798-1874) schreiben später (x058/267-268): >>(Léon Gambetta): ... Unter der Führung der Republik wollen wir in Zukunft leben, unter einer Form der Regierung, die im wahrhaftigen Sinne die Herrschaft der Freiheit, der Wahrheit, der menschlichen Solidarität unter den Menschen verkörpert.

Unter dieser Regierungsform müssen wir in Zukunft alle mit einer Hingabe, die sich durch nichts abschrecken läßt, an der Erneuerung und dem Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten. Und wissen Sie, meine Freunde, was sie darunter verstehen müssen? Ich will es Ihnen sagen, auf die Gefahr hin, die Ruhe und die Gedanken der neuen Sieger in Unruhe zu bringen: am Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten, heißt am Fortschritt des Menschengeschlechts arbeiten, heißt arbeiten an der allgemeinen Zivilisation Europas.

(Edgar Quinet): ... Wenn jemals der Tag der Gefahr kommen sollte, wenn der Morgen der letzten Schlacht anbricht, dann muß im christlichen Bund jedes Volk, im Süden oder im Norden, der lateinischen oder germanischen Gemeinschaft, in Frankreich sein Banner erblicken können.

Es darf nicht sein, daß es in der Menschheit ein einziges Recht gibt, daß nicht hier seinen Schutz, einen einzigen unsterblichen Gedanken, der nicht hier seine Freistatt hat, eine einzige Eroberung der Zivilisation, die hier nicht garantiert wird. So muß es sein: wer dieses Land verletzt, verletzt alle anderen. Sprechen wir es aus: Wie die ganze heidnische Welt am Wohle des römischen Staates, so muß die ganze christliche Welt am Wohle des französischen interessiert sein.

(Jules Michelet): ... Wo sind denn Deine Schiffe, Deine Maschinen? sagt England und Deutschland: Wo sind Deine Systeme? Hast Du denn wenigstens, wie Italien, Werke der Kunst zu zeigen? Teure Schwestern, die ihr kommt, Frankreich zu trösten, laßt euch eines antworten. Schaut, Frankreich ist krank, ich sehe sein Haupt gebeugt, es will nicht sprechen. Wenn man aber aufeinanderhäufen wollte; was jede Nation an Blut und Gold, an Mühen jeglicher Art für uneigennützigte Dinge, die nur der Welt dienen sollten, aufgewendet hat, dann stiege die Pyramide Frankreichs bis zum Himmel ... und die Eure, all Ihr Nationen, die ihr hier seid, die Aufhäufung Eurer Opfer? – bis zum Knie eines Kindes würde sie reichen.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über die französisch-deutsche Erbfeindschaft (x320/12-13):

>>Die Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben tiefe Wurzeln.

Schon 1555 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen. Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungsstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer ist den Franzosen dabei kein Hindernisgrund. ...

1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich Luxemburg, die Pfalz und das Saarland an-

zugliedern und seine Grenze zum Rhein hin zu verschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. ...

1872 kann die Bevölkerung "optieren": 10,3 Prozent bekennen sich zu Frankreich und fünf Prozent wandern dorthin ab.

Frankreich sucht sich rechtzeitig Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei Gelegenheit zurückzuholen. 1894 schließt es den Zweibund mit Rußland. 1912 gibt Präsident Poincaré der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst den Krieg beginne.

Frankreich schließt 1904 die sogenannte Entente cordiale mit Großbritannien und holt sich 1911 die Zusage Englands auf Heeresunterstützung für den Fall eines Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite: Großbritannien und Rußland.

... In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen aufgrund des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht hat man in Deutschland deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen waren damals üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist der Muttersprache nach ohnehin überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg sprechen im Elsaß und in Lothringen immerhin noch 1,3 Millionen Bürger Deutsch, Französisch dagegen nicht ganz 200.000. Aus deutscher Sicht werden diese Gebiete deshalb nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. ...<<

Großbritannien: Die Gründung des Deutschen Reiches wird von Großbritannien zuerst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges (1866) und des französisch-preußischen Krieges (1870/71) das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten bleibt. Durch das "neue" Deutsche Reich wird Mitteleuropa damals erheblich gestärkt, denn Rußland erhält erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkt, entspricht zunächst den britischen Vorstellungen.

Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelt und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versucht, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, wird sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend verändern.

USA: Als die europäischen Siedler und Jäger von 1871-1885 in den großen Ebenen Nordamerikas die riesigen Büffelherden abschlachten, wird das Schicksal der nordamerikanischen Präriestämme endgültig besiegelt, denn die Stämme der Arapaho, Cheyenne, Dakota, Kiowa, Komantschen, Sioux, und andere Jagdnomaden ("beste Reitertruppen der Welt") leben fast nur von der Büffeljagd. Nach der Ausrottung der lebenswichtigen Büffelherden brechen zwangsläufig große Hungerkatastrophen aus. Die einst stolzen, unabhängigen Präriestämme werden schon bald zu würdelosen Almosenempfängern.

Hehaka Sapa (1863-1950, Mediziner des nordamerikanischen Stammes der Oglala-Lakota) berichtet später über die Ausrottung der für die Ureinwohner lebenswichtigen Büffelherden (x181/1.86): >>Einst waren wir glücklich in unserem Land, und wir waren nur selten hungrig. Zweibeiner und Vierbeiner lebten friedlich nebeneinander wie Brüder, und alle hatten mehr als genug. Aber dann kamen die Wasichu ("die das Fett abschöpfen"), die weißen Menschen und sie machten kleine Inseln im Land für uns und andere kleine Inseln für die Vierbeiner, und diese Inseln werden kleiner und kleiner, denn die brandende Flut der Wasichu nagt an ihnen, eine Flut, die schmutzig ist von Lüge und Gier.

Ich kann mich noch an jene Zeit erinnern, als es so viele Büffel gab, daß wir sie nicht zählen konnten. Aber mehr und mehr Wasichu kamen und töteten sie, bis nur noch Haufen gebleichter Gebeine dort lagen, wo die Büffelherden geweidet hatten. Die Wasichu töteten nicht um der Nahrung willen, sie töteten um des Metalles willen, daß sie verrückt macht. Sie nahmen

nur die Häute, um sie zu verkaufen. Manchmal nahmen sie nicht einmal die Häute, sondern nur die Zungen der Büffel. Manchmal nahmen sie nicht einmal das, sie töteten aus Lust am Töten. Wenn wir auf die Büffeljagd gingen, erlegten wir nur so viel, wie wir zum Leben brauchten.<<

Albert Pike (1809-1891, amerikanischer Rechtsanwalt, Brigadegeneral, Journalist und Autor) erklärt am 15. August 1871 in einem Brief an Giuseppe Mazzini (1805-1872, italienisch-republikanischer Freiheitskämpfer), wie man durch Kriege die Weltherrschaft erreichen könnte.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den Illuminaten Albert Pike (x364/46-49): >>...

Ein Genie des Bösen

Albert Pike war ein Genie des Bösen. Er hatte viele Talente, die er ausschließlich destruktiv einsetzte. Außerordentlich belesen, beherrschte er sechzehn antike Sprachen in Rede und Schrift. Er bekannte sich öffentlich zur Satansverehrung und praktizierte schwarze Kunst und alle Formen der Zauberei.

Als Top-Illuminaten arbeiteten Pike und Mazzini zusammen. Pike übernahm die theosophischen Aspekte ihrer Operationen, Mazzini die Politik. Als die Freimaurerlogen des "Großen Orient" aufgrund Mazzinis revolutionärer Aktivitäten in Europa in Verruf kamen, präsentierte der Italiener Pike, der mittlerweile der Meister- vom alten und angenommenen Schottenritus der Freimaurer geworden war, einen genialen Plan. Mazzinis Plan war einfach. Als Mann der Praxis erkannte er, daß man nicht einen Ritus zur Ausschließlichkeit erheben konnte.

In einem Brief an Pike schrieb er am 22. Januar 1870: "Wir müssen allen Verbänden gestatten, wie bisher weiterzuexistieren, mit ihren Systemen, ihren zentralen Organisationen und den verschiedenen Arten der Korrespondenz zwischen hohen Graden derselben Riten, in ihren gegenwärtigen Organisationsformen.

Aber wir müssen einen Superritus schaffen, der unbekannt bleiben soll und in den wir die Maurer hoher Grade nach unserer Wahl berufen werden. Aus Rücksicht auf unsere Mitbrüder müssen sich diese Männer der strengsten Geheimhaltung unterwerfen. Mit diesem obersten Ritus werden wir das gesamte Freimaurertum regieren; er wird die internationale Zentrale werden, die um so mächtiger ist, weil seine Leitung unbekannt sein wird."

Der Historiker Domenico Margiotta berichtet: "Es wurde vereinbart, daß die Existenz dieses Ritus streng geheimgehalten und daß er in den Versammlungen der Logen und inneren Schreine anderer Riten nie erwähnt werden sollte, selbst dann nicht, wenn die Versammlung aufgrund eines Zufalls ausschließlich aus Brüdern der perfekten Weihen bestehen sollte, denn das Geheimnis der neuen Institution dürfte nur unter größten Vorsichtsmaßnahmen einigen wenigen Auserwählten aus den gewöhnlichen hohen Graden offenbart werden."

Pike formte diese ultrageheime Organisation und gab ihr den Namen "Der neue und reformierte palladische Ritus". Er schuf drei oberste Räte, einen in Charleston, South Carolina, einen zweiten in Rom und einen dritten in Berlin.

Der Historiker Dr. Bataille schreibt: "Dieser Super-Ritus freimaurerisch-luziferischen Spiritismus darf nicht mit dem Räderwerk des Hochmaurertums verwechselt werden. Palladismus ist der Kult des Satans in den inneren Schreinen eines Ritus, der allen anderen Riten übergeordnet ist. Er ist ein Kult, eine Religion."

Die satanische Doktrin ist Ketzerei

Das theologische Dogma Albert Pikes ist in den "Instruktionen" niedergelegt, die von ihm am 4. Juli 1889 für die 23 Höchsten Räte der Welt erlassen wurden:

"Folgendes müssen wir der Menge sagen: "Wir verehren einen Gott, aber unser Gott wird ohne Aberglauben angebetet. Euch, den souveränen großen Generalinstruktoren, sagen wir, was ihr den Brüdern der 32., 31. und 30. Grade wiederholen sollt: Die Maurer-Religion sollte von

uns allen, die wir Eingeweihte des höchsten Grades sind, in der Reinheit der Luziferischen Doktrin erhalten werden.

Wäre Luzifer nicht Gott, würde Adonai (der jüdische Gott), dessen Taten Beweise für seine Grausamkeit, Verschlagenheit, seinen Menschenhaß, sein Barbarentum und seine Ablehnung der Wissenschaft sind, würden dann Adonai und seine Priester ihn verleumden?

Ja, Luzifer ist Gott; unglücklicherweise ist Adonai auch Gott. Denn nach dem ewigen Gesetz gibt es Licht nicht ohne Schatten, Schönheit nicht ohne Häßlichkeit, Weiß nicht ohne Schwarz. Das Absolute kann nur in Gestalt zweier Gottheiten existieren: das Dunkel dient dem Licht als Hintergrund, die Statue bedarf des Sockels, die Lokomotive braucht die Bremse.

Die satanische Doktrin ist Ketzerei. Die wahre und reine philosophische Religion ist der Glaube an Luzifer, den Adonai Gleichgestellten. Aber Luzifer, der Gott des Lichtes und des Guten, kämpft für die Menschlichkeit gegen Adonai, den Gott des Dunklen und Bösen" ("La Femme et l'enfant dans la Franc-Maçonnerie Universelle" Weib und Kind im französischen Universalmaurertum - von A. C. de la Rive; sowie "Occult Theocracy" von Lady Quenesborough).

Die illuminatische Propaganda will uns glauben machen, daß alle Gegner des Christentums Atheisten seien. Das ist eine Lüge, vorsätzlich ins Spiel gebracht, um die geheimen Pläne derer zu maskieren, die die luziferische Verschwörung leiten. Sie bleiben hinter den Kulissen ihre Identität und ihr wahres Ziel sind selbst den meisten Menschen verborgen, die nach ihrem Willen handeln.

Sie wissen, daß der endgültige Erfolg ihrer diabolischen Pläne - die Weltregierung zu stellen - von ihrer Fähigkeit abhängt, die Wahrheit vor den Menschen verborgen zu halten, bis die Entwicklung nicht mehr aufgehalten werden kann. Die Illuminaten gehen Schritt für Schritt nach einem ausgearbeiteten Plan vor, mit dem sie die Zivilisation systematisch zerstören wollen, um ihre eigene despotische Herrschaft zu errichten.

Reif für die wahre Lehre Luzifers

In einem bemerkenswerten Brief vom 15. August 1871, der bis vor kurzem in der Bibliothek des Britischen Museums in London ausgestellt war, schildert Pike Mazzini Details des luziferischen Plans für drei Weltkriege. Nach seinen Worten "werden wir (im dritten dieser Kriege) die Nihilisten und Atheisten loslassen; wir werden einen gewaltigen gesellschaftlichen Zusammenbruch provozieren, der in seinem ganzen Schrecken den Nationen die Auswirkungen von absolutem Atheismus, dem Ursprung der Grausamkeit und der blutigsten Unruhen klar vor Augen führen wird.

Dann werden die Bürger - gezwungen, sich gegen die Minderheit der Revolutionäre zur Wehr zu setzen - jene Zerstörer der Zivilisation ausrotten, und die Mehrheit der Menschen wird, gottgläubig wie sie ist, nach der Enttäuschung durch das Christentum und daher ohne Kompaß (Führung), besorgt nach einem neuen Ideal Ausschau halten, ohne jedoch zu wissen, wen oder was sie anbeten soll.

Dann ist sie reif, das reine Licht durch die weltweite Verkündigung der reinen Lehre Luzifers zu empfangen, die endlich an die Öffentlichkeit gebracht werden kann. Sie wird auf die allgemeine reaktionäre Bewegung, die aus der gleichzeitigen Vernichtung von Christentum und Atheismus hervorgehen wird, folgen." ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet später (am 5. Juli 2013) über Albert Pike (x1.000/...): >>Wie human ist die Freimaurerspitze?

Albert Pike, einer der obersten Freimaurer-Logenführer, schrieb an Giuseppe Mazzini, einen Anführer der Illuminati, am 15. August 1871, folgenden Plan, um an die Alleinverteltherrschaft zu gelangen.

Es gibt viele Quellen, die dieses Schreiben bestätigen. Er beinhaltete unter anderem die Pla-

nung eines ersten Weltkrieges, um die Macht des Zaren von Rußland, der die orthodoxe Kirche behütete, zu stürzen und um einen atheistisch kommunistischen Staat zu gründen. (Anmerkung der Redaktion: Genauso ist es passiert. Nach dem ersten Weltkrieg 1917 kam die bolschewistische Revolution und der Kommunismus und der Atheismus kamen an die Macht).

"Dann soll ein zweiter Weltkrieg kommen und der soll zwischen England und Deutschland entstehen. Der Grund, warum er geplant werden muß, ist, um den Kommunismus als Gegensatz zu der Jüdisch-Christlichen-Kultur darzustellen. Wir brauchen diesen Gegensatz, um einen zionistischen Staat in Israel zu gründen." (Anmerkung der Redaktion: Genau das ist nach dem zweiten Weltkrieg passiert)!

"Und dann einen dritten Weltkrieg (!) Der soll im mittleren Osten entstehen und es soll ein Krieg zwischen dem Judentum und dem Islam sein, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Dieser Krieg zwischen Moslems und dem Judentum soll endgültig dieses Armageddon (= endzeitliche Entscheidungsschlacht) herbeiführen."

Albert Pike erklärt in einem weiteren Brief wie das werden soll: "Wir wollen die Nihilisten (bedingungslose Verneiner aller Normen, Werte, Ziele, Gesellschaftsordnungen) erstmal gründen, also dieses kommunistisch- atheistische System und dann wollen wir einen Kataklysmus (erdgeschichtliche Katastrophe) herbeiführen; einen Krieg und ein Leid wie es vorher noch nicht gab.

Im Endeffekt wollen wir den Menschen zeigen, was absoluter Atheismus eigentlich erreichen kann. Ein blutiges Blutbad soll es geben. Am Ende soll der Atheismus und das Christentum gleichzeitig besiegt werden und die reine Doktrin (Gültigkeit) Luzifers mit der Vernichtung des Christentums und des Atheismus soll gleichzeitig herbeigeführt werden." (Anmerkung der Redaktion: Also das alles schrieb Albert Pike bereits 1871!)<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet später (am 5. Dezember 2019) über die jahrhundertealten Pläne der Geheimorganisationen (x1.000/...): >>**Jahrhundertealte Geheimpläne**

... Man kann die Weltgeschichte in ihrer vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es nebst unseren sichtbaren sozialen Systemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär, Religion usw. auch noch geheime Gruppierungen und deren Systeme gibt, die aus dem Hinterhalt heraus operieren. Sie haben mächtigen Einfluß, stellen die Weichen auf allen Ebenen, und so herrschen und regieren sie, ohne daß die hart arbeitende Weltbevölkerung sie wahrnimmt, geschweige denn kennt.

Es sind Gruppierungen, die mit großem Geschick längst die Welt-Finanzströme unter ihre Kontrolle gebracht haben und auf diesem Weg Einfluß auf jedes Land der Welt ausüben: Sie manipulieren jede Politik, jedes Militär, jedes Wirtschaftssystem, jede Wissenschaft, jede Kultur, Religion, Ideologie und was es sonst noch so alles gibt. Sie operieren für das menschliche Auge unsichtbar. Schon seit Jahrhunderten arbeiteten diese Gruppierungen im Geheimen Strategien und Pläne zur Beherrschung der gesamten Welt aus. In ihrem Bewußtsein zählen sie sich zu keiner einzigen Nation oder Rasse dieser Welt.

Die Welt selber ist ihr Fokus. Sie möchten weder über ein Dorf, noch über eine Stadt oder irgendein Land herrschen. Noch nicht einmal über einen oder zwei Kontinente - sie streben vielmehr nach der ultimativen Weltherrschaft. Und um dieses unfaßbare Ziel zu erreichen entwarfen sie von Anbeginn Pläne, wie ihre Geheimorganisation über sämtliche Länder der Erde Herr werden kann.

Die einzelnen Länder und Kontinente sind für diese Globalplayer nichts weiter als seelenlose Spielfelder auf ihrem Monopoly-Spielbrett. Die hart arbeitenden Völker sind für sie lediglich interessant und nützlich, aber in ethisch-moralischer Hinsicht völlig bedeutungslos. Ihr Denken entspricht also nicht dem des allgemeinen Volkes. Normalsterbliche denken in aller Regel

kaum weiter als nur gerade vor ihre Nasenspitze. Diese in Geheimbünden organisierten Manipulatoren dagegen denken in Jahrzehnten und Jahrhunderten. Um auch nur schon eine einzige Großmacht unter Kontrolle bringen zu können, opfern sie - ohne mit der Wimper zu zucken - ganze Länder und Kulturen.

Um aber sämtliche Länder und Großmächte dieser Welt beherrschen zu können, schrecken sie nicht davor zurück, dieselben zuvor allesamt zu destabilisieren. So organisieren sie Chaos, fiktive Bedrohungen, Kriege und Terror aller Gattung. Und dies bringen sie leicht zustande, weil sie über Billionen-Budgets verfügen. Es geht um gewissenlose Finanz-Oligarchen, die schon seit es Geld gibt, nahezu den gesamten Geldfluß der Erde in ihre privaten Hände manipuliert haben. Ihre Gründer waren gleichsam die Erfinder des Geldes.

Sie haben das Geld mit keiner zweiten Absicht erfunden, als über den Zins- und Zinseszins-Geldfluß alles beherrschen zu können. Seit auch Staatsleute sich ihr Geld borgten, manipuliert dieser Geld- und Wirtschafts-Geheimbund unsere Politiker und sichtbaren Vorsteher frei nach Belieben. Ihre Organisationen nehmen schon seit mehreren hundert Jahren Einfluß auf alle Länder der Welt.

Wir fassen bis hierher zusammen: Man kann den nachfolgenden 100 Jahre-Rückblick politisch-militärischer Entwicklungen auf dieser Welt nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es in Geheimbünden organisierte Oligarchien gibt, die strategisch in Jahrhunderten denken. Um die Völker der Erde beherrschen zu können, planen sie in Jahrzehnte- bis Jahrhundert-Prozessen die strategische Zerstörung aller Groß- und Kleinmächte. Zuweilen planen sie Völkerschicksale wie etwa drei Weltkriege, wie sie schon 1871 durch Albert Pike, einem 33 Grad-Freimaurer klar skizziert wurden.

Zuerst müsse ein 1. Weltkrieg dazu dienen, das zaristische Rußland zu stürzen. Ein 2. Weltkrieg müsse zur Gründung des Staates Israel verhelfen und den Kommunismus stärken. Ein 3. Weltkrieg müsse seinen Anfang durch Kontroversen zwischen muslimischen Führern und dem politischen Zionismus nehmen. Der Rest der Welt soll jedoch, bis zur restlosen Erschöpfung auf allen Ebenen, in diesen Konflikt hineingezogen werden. So der satanische Plan des 33 Grad-Freimaurers und Satanisten Albert Pike (von) 1871.<<

Kuba: Kuba beseitigt im Jahre 1871 die Sklaverei.

Brasilien: In Brasilien wird im Jahre 1871 die Sklaverei abgeschafft.

Japan: Der Kaiser kündigt im Jahre 1871 die allmähliche Modernisierung des Landes an (x233/126): >>Da aber Japans Sitten und Gesetze sehr von denen fremder Länder abweichen, beabsichtigen wir nicht, die Revision sofort vorzunehmen.

Wir werden zunächst die Einrichtungen zivilisierter Nationen studieren, diejenigen annehmen, die Japan am meisten angemessen sind, und allmählich unsere Regierungsform und Gebräuche verbessern, um einen Zustand zu erreichen, der dem der zivilisierten Völker nicht nachsteht. ...<<

1872

Deutsches Reich: Bismarck erklärt am 30. Januar 1872 während einer Rede vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (x239/152): >>... Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiet betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete. ...

Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat. ...<<

Reichskanzler Bismarck warnt Kaiser Wilhelm I. am 4. April 1872 vor der radikalen Sozialistenbewegung (x056/270): >>Die sogenannte Internationale (die von Karl Marx 1864 gegründete "internationale Arbeiterassoziation") ist ... augenblicklich die hervorragendste von den Formen, in welchen eine die ganze Welt durchziehende Krankheit zur Erscheinung kommt.

Diese Krankheit hat ihre Ursache darin, daß die besitzlosen Klassen in dem Maße als ihr

Selbstgefühl und ihre Ansprüche am Lebensgenuß allmählich steigen, sich auf Kosten der besitzenden Klassen die Mittel zur Befriedigung dieser Ansprüche zu verschaffen streben.

Auf eine Heilung dieser Krankheit durch repressive Mittel wird man verzichten müssen; dieselbe kann das nur langsam fortschreitende Werk ... der fortschreitenden Bildung und Erfahrung (und) und eine Reihe legislativer und administrativer Maßregeln ... zur Beseitigung der Hindernisse ... (sein), die der Erwerbstätigkeit der besitzlosen Klassen im Wege stehen.

(Bis dahin muß die Regierung) die Gesellschaft gegen den Versuch eines gewaltsamen Angriffs auf den Bestand des Besitzes schützen. Mit bloß polizeilichen Mitteln ist diese Aufgabe ... nicht zu lösen. ... (Man muß) jede Vorbereitung zu einem gewaltsamen Angriff ... bestrafen ... können. Zu diesem Zweck bedarf es geeigneter Gesetze. ...<<

Der deutsche Unternehmer Alfred Krupp erklärt im Jahre 1872 vor seinen Arbeitern in Essen (x239/96): >>... Ich erwarte und verlange volles Vertrauen, lehne jedes Eingehen auf un gerechtfertigte Forderungen ab, werde, wie bisher jedem gerechten Verlangen zuvorkommen; fordere daher alle diejenigen, welche damit sich nicht begnügen wollen, hiermit auf, je eher, desto lieber zu kündigen, um meiner Kündigung zuvorkommen. ...

Ich (will) in meinem Hause, wie auf meinem Boden Herr sein und bleiben. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Gerhart Hauptmann schreibt später über die Stimmung der Landarbeiter auf dem schlesischen Gut seines Onkels im Jahre 1872 (x233/111): >>Ich brachte diesmal ... die Freude am neuen Deutschen Reich ... in das ärmliche Gutsleben mit. Das Echo im besten Fall war Gleichgültigkeit. Wenn ich mit übernommenem Enthusiasmus von Bismarck, Moltke und anderen sprach, war entweder ein tückisches Schweigen die Antwort, oder Moltke wurde ein Feigling genannt, der sich immer wohlweislich hinterm Berge gehalten und andere ins höllische Feuer geschickt habe.

Die Siegesfreude, die deutsche Einheit, ... der Taumel des Erfolges, kurz, alles, was die Lehrer in den Schulen, das Bürgertum und einen Teil des Adels begeisterte, hatte hier nur stille Wut und dumpf entschlossenen Haß ausgelöst. ...

Diese Landsleute, denen man vielfach scharfen Verstand und durchdringenden Blick nicht absprechen konnte, waren auch religionsfeindlich, steckten im Heidentum. Man hätte ihnen ... mit Jesus Christus nicht kommen dürfen. ...

Bismarck, Moltke, der Kaiser, hieß es, täten für die armen Leute nichts. Den Eltern würden die Kinder ... genommen, und diese müßten sich drei Jahre lang um nichts und wieder nichts beim Militär schinden lassen. ...

Der Reichstag bestand aus einem Haufen von Betrügnern und Nichtstuern. In dieser Art, die Welt zu betrachten, die vaterländischen Dinge zu beurteilen, herrschte völlige Einigkeit, und niemand war davon abzubringen. ...

Beiläufig sei gesagt, daß unter diesen Leuten, die täglich 11 Stunden mit gekrümmten Rücken Rüben hackten oder eine andere Arbeit taten, die Weiber 50 Pfennige, die Männer eine Mark Tagelohn erhielten. ...<<

Da die katholische Kirche, die im Deutschen Reich nur noch in der Minderheit ist, verstärkt gegen einige Gesetze des Deutschen Reichstages protestiert, schränkt Bismarck ab 1872 die bisherigen großen "weltlichen" Kirchenrechte erheblich ein.

Danach beginnt ein erbitterter "Kulturkampf" um die umstrittenen Abgrenzungsfragen der Staats- und Kirchenrechte. Bismarck läßt die kirchliche Schulaufsicht (1871/72), die kirchlichen Standesämter (1874/75) und die kirchlichen Ausbildungsprüfungen der Geistlichen an staatliche Einrichtungen übertragen. Der Jesuitenorden wird per Reichsgesetz verboten. Sämtliche Jesuiten müssen ab Juli 1872 das Deutsche Reich verlassen. Außerdem untersagt Bismarck, der selbst ein frommer Christ ist, per Gesetz alle politischen Kanzelreden.

Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagert sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und verändert die bisherigen europäischen Machtverhältnisse

elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewinnt überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernimmt das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.

Ein nordamerikanischer Studienfreund Bismarcks berichtet von einem Gespräch über die Unzulänglichkeit allen menschlichen Handelns, das er im Jahre 1872 mit dem Reichskanzler führt (x259/287-288): >>Er sagt, als er noch jünger war, habe er sich für einen ganz klugen Burschen gehalten, aber sich allmählich überzeugt, daß niemand wirklich mächtig und groß sei, und er müsse darüber lachen, wenn er sich preisen höre als weise, vorherrschend und als übe er große Macht aus in der Welt.

Ein Mann in seiner Stellung sei genötigt, während Unbeteiligte erwägen, ob es morgen Regen oder Sonnenschein geben würde, prompt zu entscheiden: es wird regnen oder es wird schön Wetter sein, und demgemäß zu handeln mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln.

Hatte er recht geraten, so rufe alle Welt: welche Weisheit, welche Prophetengabe! Hatte er unrecht, so möchten alle alten Weiber mit Besenstielen nach ihm schlagen. - Wenn er weiter nichts gelernt hätte, so hätte er Bescheidenheit gelernt.<<

Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden können, befürchtet Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland. Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, muß das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkt deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wird von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft, denn sie fürchten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.

Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versucht Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schließt gleichzeitig zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigen sich 1872 über eine friedliche Verständigung (sog. "Dreikaiserabkommen"), das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbricht (x089/121).

Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sichern damals den Frieden in Europa, denn sie verhindern in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.

Bismarck plant langfristig einen europäischen Festlandblock (Deutsches Reich, Frankreich und Rußland) und die Aufteilung der zersplitterten Habsburger Monarchie (Lösung der Balkanwirren).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Bismarcks Außenpolitik (x057/-167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.

Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.

Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik (Hinterindien, Nordafrika) sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.

Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs ein (1885). Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm ihren Anfang (1887) und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.

Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freundschaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte ein Verteidigungsbündnis zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen (Dreikaiserabkommen 1872). ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1872-1878 (x804/905-907): >>(Deutschland) ... Nachdem das Deutsche Reich begründet war, galt es, dasselbe weiter auszugestalten. Dieser Aufgabe unterzog sich der Reichskanzler mit gewohnter Tatkraft, und der Reichstag unterstützte ihn bereitwilligst. ...

Über die Verteilung der französischen Kriegsentschädigung, welche wider Erwarten rasch abgezahlt wurde, insgesamt 4.219 Millionen Mark, wurde 1872 und 1873 Beschluß gefaßt. ... Die Münzreform wurde durch das Gesetz vom 24. Januar 1873 zum Abschluß gebracht.

Der Antrag auf Erweiterung der Reichskompetenz auf das gesamte bürgerliche und Strafrecht sowie das gerichtliche Verfahren, welchen Lasker schon 1871 eingebracht hatte, gegen den aber die süddeutschen Königreiche Widerstand leisteten, wurde 1873 auch von der Reichsregierung angenommen. Ferner wurde ein Reichseisenbahnamt eingerichtet und die deutsche Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen eingeführt, das nun 15 Abgeordnete in den Reichstag sandte.

Die auswärtige Politik entsprach durchaus den wiederholten Versicherungen der Thronreden, daß Deutschland als höchstes Ziel die Aufrechterhaltung des Friedens erstrebe. Die vielfachen Herausforderungen der revanchelustigen Franzosen blieben unbeachtet. Das Reich bemühte sich dagegen, seine Stellung durch freundschaftliche Beziehungen zu den benachbarten Kaiserreichen zu befestigen.

Dies gelang durch die Dreikaiserzusammenkunft, welche vom 5.-12. September 1872 in Berlin stattfand. Alexander II. von Rußland und Franz Joseph von Österreich waren von ihren Ministern Gortschakow und Andrassy begleitet, und wenn auch förmliche Verträge nicht abgeschlossen wurden, so einigten sich doch die drei Kaisermächte über eine gemeinsame Politik zur Erhaltung des Friedens und der bestehenden Verhältnisse. Ihnen schloß sich 1873 der König Viktor Emanuel von Italien an, der im September, von zwei Ministern begleitet, Kaiser Wilhelm in Berlin einen Besuch abstattete.

Dagegen machten sich die Wirkungen des in Preußen ausgebrochenen kirchenpolitischen Kampfes auch in den Reichsverhältnissen mehr und mehr bemerkbar. Die Partei des Zentrums ... verwandelte sich allmählich in eine schroffe Oppositionspartei, um welche sich alle partikularistischen und reichsfeindlichen Elemente im Reichstag gruppierten.

Während im preußischen Landtag der Streit über die Maigesetze immer heftiger entbrannte, forderten auch im Reichstag mehrere Gesetzanträge den Widerstand der Ultramontanen heraus, zunächst der vom bayerischen Minister Lutz beantragte "Kanzelparagraph", wonach Geistliche, welche öffentlich oder in der Kirche für den öffentlichen Frieden gefährliche politische Agitation trieben, strafbar sein sollten. Derselbe wurde am 28. November 1871 vom Reichstag angenommen. Ihm folgte 1872 das Jesuitengesetz vom 4. Juli 1872, durch welches die Niederlassungen der Jesuiten und der ihnen verwandten Orden aufgelöst und ihre auslän-

dischen Mitglieder ausgewiesen wurden.

... Papst Pius IX. verschärfte den Konflikt, indem er 1872 den gemäßigten Kardinal Hohenlohe als deutschen Gesandten bei der Kurie zurückwies, ... 1873 heftige Drohungen gegen das neue Deutsche Reich ausstieß und sich am 7. August mit einem sehr anmaßenden Schreiben an den Kaiser selbst wandte. Unterstützt von der gesamten Geistlichkeit, riefen nun die Ultramontanen das ganze katholische Volk zum Kampf für die Freiheit der Kirche auf und erzielten hierdurch bei den Wahlen zum zweiten deutschen Reichstag, welche am 10. Januar 1874 stattfanden, beträchtliche Erfolge, besonders in Süddeutschland, wo sie sich mit den Partikularisten verbanden.

Sie zählten 101 Mitglieder; dazu kamen die Elsaß-Lothringer, die Polen und die Sozialdemokraten (9), so daß die grundsätzliche Opposition auf 140 Stimmen stieg. Die Nationalliberalen zählten 155 Mitglieder und bildeten, je nachdem sie sich mit den Konservativen oder mit der Fortschrittspartei vereinigten, die Majorität. Immerhin gestalteten sich infolge des Anwachsens der Opposition die Verhandlungen des Reichstages lebhafter, ja stürmisch.

Am 16. Februar 1874 traten die elsaß-lothringischen Abgeordneten in den Reichstag ein und beantragten nach einem Protest gegen die Annexion die nachträgliche Abstimmung über dieselbe oder wenigstens die Aufhebung der diktatorischen Vollmachten des Oberpräsidenten. Des letzteren Antrages nahmen sich die Ultramontanen an, so daß er am 3. März nur mit 195 gegen 138 Stimmen abgelehnt wurde.

Aufs heftigste bekämpfte das Zentrum den Antrag ... auf Einführung der obligatorischen Zivilehe und der Zivilstandsregister, der am 28. März angenommen wurde, und das Gesetz über Verhinderung unbefugter Ausübung von Kirchenämtern (Expatriierungsgesetz), welches Internierung oder Ausweisung als Strafen festsetzte; dasselbe war für die Ausführung der preußischen Maigesetze notwendig und wurde am 25. April genehmigt.

Die wichtigste Vorlage der Session war das Reichsmilitärgesetz, welches bestimmte, daß die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung auf 401.659 Mann (1 Prozent der Bevölkerung) normiert sein solle. Hiergegen erhoben nicht nur die Ultramontanen und Sozialdemokraten, sondern auch die Fortschrittspartei und ein Teil der Nationalliberalen Einspruch. ...

Der Kaiser und seine höchsten militärischen Ratgeber, besonders Moltke, betonten entschieden die Notwendigkeit einer dauernden Festsetzung der Heeresstärke. Der Reichskanzler, der überdies krank war, erklärte, für den Fall der Ablehnung des Gesetzes seine Entlassung nehmen zu wollen. ...

Aus der Mitte der nationalliberalen Partei ging darauf der Antrag auf ein Kompromiß hervor, wonach die geforderte Friedenspräsenzstärke auf sieben Jahre festgesetzt werden sollte. Nachdem sich der Reichstag und die Militärverwaltung mit diesem Antrag einverstanden erklärt hatten, wurde derselbe am 20. April mit 214 gegen 123 Stimmen vom Reichstag angenommen. Selbst einige Mitglieder der Fortschrittspartei (Berger, Löwe und andere) stimmten für denselben, wurden freilich deshalb zum Austritt aus der Fraktion gezwungen. Nur das Zentrum bewahrte seine unversöhnlich oppositionelle Haltung.

Der Streit zwischen Deutschland-Preußen und der Kurie übte nicht bloß auf die inneren Verhältnisse seinen Einfluß, sondern machte sich auch in der äußeren Politik bemerkbar.

In Frankreich, Belgien und Spanien traten die Klerikalen besonders feindselig gegen Deutschland auf; die Bischöfe erließen aufhetzende Hirtenbriefe, und der von der Kurie begünstigte klerikale Thronprätendent Don Carlos ließ einen deutschen Hauptmann und Kriegskorrespondenten, Schmidt, als Spion erschießen. Bismarck erwirkte von der französischen und belgischen Regierung ein Einschreiten gegen die Bischöfe und gegen die klerikale Presse und erkannte nicht nur selbst die liberale Herrschaft Serranos in Spanien an, sondern bewog auch die meisten anderen Mächte zu dem gleichen Schritt.

Als der Botschafter in Paris, Graf Arnim, sich mit der legitimistischen Partei einließ und Bismarcks Ansicht, daß die republikanische Staatsform Frankreichs für Deutschland am vorteilhaftesten sei, bekämpfte, wurde er abberufen und später sogar in einen Prozeß verwickelt.

Der ultramontane Abgeordnete Jörg unternahm daher im Reichstag am 4. Dezember 1874 einen Angriff auf Bismarcks auswärtige Politik und entfesselte durch die Erwähnung des Kullmannschen Attentats auf Bismarck (13. Juli in Kissingen) einen heftigen Sturm, der mit einer Niederlage der Klerikalen endete.

In der Wintersession des Reichstages vom 29. Oktober 1874 bis (zum) 30. Januar 1875 wurde der Etat, zum erstenmal auch der Militäretat, beraten und eine Reihe wichtiger Gesetze vereinbart, so: das Landsturmgesetz, das Gesetz über die Naturalleistungen für das Heer, das Reichsbankgesetz und das Zivilehegesetz.

Die Justizreformgesetze, welche die Gerichtsorganisation, die Zivil- und die Strafprozeßordnung betrafen, wurden am 24. November 1874 eingebracht und einer Kommission überwiesen, welche über die Session hinaus ihre Tätigkeit fortzusetzen ermächtigt wurde. Auch in dieser Session kam es übrigens zu einem Zerwürfnis zwischen dem Reichskanzler und dem von Lasker geführten Teil der Nationalliberalen, der einen klerikalen Antrag unterstützte. Bennigsen versöhnte den Kanzler durch ein am 18. Dezember von ihm veranlaßtes Vertrauensvotum.

Noch deutlicher wurde der Zwiespalt zwischen dem Reichskanzler und den Nationalliberalen in der Reichstagssession im Winter 1875 auf 1876. ... Pläne Bismarcks, durch ein Eisenbahngesetz das zersplitterte Eisenbahnwesen in Deutschland einheitlich zu regeln oder die bedeutendsten deutschen Bahnen für das Reich zu erwerben, scheiterten an dem Widerstand der Mittelstaaten im Bundesrat.

Der Reichskanzler gab seine Absichten keineswegs auf, beschloß vielmehr, sie teils in anderer Form zu verwirklichen, indem er die preußischen Eisenbahnen für den Staat erwarb ...

Denn er erkannte, daß man, getäuscht durch den enormen Aufschwung im Handel und Gewerbe nach dem Krieg, welcher sich seit 1874 als ungesund, zum Teil als schwindelhaft herausstellte und mit einem bedenklichen Zusammenbruch vieler Geschäfte endete, in der Begünstigung des Freihandels zu weit gegangen war, die deutsche Industrie und Landwirtschaft in vielen Beziehungen dem Ausland gegenüber wehrlos gemacht und dadurch die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten empfindlich geschädigt hatte.

Für sein neues Wirtschaftssystem brauchte der Reichskanzler neue Organe, und so erhielt Delbrück am 1. Juli 1876 seine Entlassung und wurde durch Hofmann ersetzt. ...

Der Reichskanzler, der Ende März seiner erschütterten Gesundheit wegen ein Entlassungsgesuch eingereicht und nach dessen Ablehnung durch den Kaiser einen unbestimmten Urlaub erhalten hatte, blieb das ganze Jahr 1877 von Berlin entfernt in Friedrichsruh oder Varzin (Schloß Bismarcks in Ostpommern). Doch beschäftigte er sich eifrig mit der Steuerreform und faßte den Plan ... mit den Nationalliberalen ein Bündnis zu schließen, das ihm eine feste Majorität im Reichstag sichern sollte. Er hatte zu diesem Zweck Weihnachten 1877 in Varzin mit Bennigsen längere Besprechungen, die aber nicht zu dem gewünschten Ergebnis führten. ...

Als nun der Reichstag am 6. Februar 1878 wieder eröffnet wurde, legte die Reichsregierung statt einer umfassenden Steuerreform nur zwei Gesetzentwürfe über die Übertragung des Spielkartenstempels und anderer Stempelabgaben auf das Reich sowie über eine Erhöhung der Tabaksteuer vor. ... Anstatt der gewünschten Tabaksteuererhöhung beschloß der Reichstag eine Tabaksteuerenquete und knüpfte die Bewilligung der hierfür geforderten Mittel an die Bedingung, daß ein Tabakmonopol nicht beabsichtigt und ein umfassender Steuerreformplan ausgearbeitet werde.

Da seine Krankheit noch nicht beseitigt war, so zog sich Bismarck im März auf das Land zurück, nachdem seine Stellvertretung durch ein besonderes Gesetz geordnet und dieselbe im

allgemeinen dem Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, Grafen Stolberg-Wernigerode, übertragen worden war.

Da unternahm am 11. Mai 1878 der Leipziger Klempnergeselle Max Hödel einen glücklicherweise erfolglosen Mordversuch auf den Kaiser, als derselbe die Berliner Linden entlang fuhr. Derselbe warf ein erschreckendes Licht auf die sittliche Verwilderung eines Teiles der Nation und auf die Gefahren der sozialdemokratischen Wühlerei, deren furchtbares Anschwellen schon die Reichstagswahlen von 1877 gezeigt hatten.

Die Regierung hielt es für ihre Pflicht, weiteren Ausschreitungen durch ein Gesetz (Sozialistengesetz) vorzubeugen, welches auf drei Jahre die Verfolgung sozialdemokratischer Ziele gewissen Ausnahmemaßregeln unterwarf. Sie legte den Entwurf am 21. Mai dem Reichstag vor, aber schon am 24. Mai lehnte die liberale und ultramontane Mehrheit denselben ab, indem sie die Regierung darauf hinwies, erst die ihr zu Gebote stehenden Mittel der Repression besser auszunutzen.

Indes die Ereignisse gaben der Mehrheit unrecht: am 2. Juni erfolgte das zweite Attentat Karl Nobilings auf den Kaiser, durch welches derselbe schwer verwundet wurde, so daß er am 4. Juni dem Kronprinzen seine Stellvertretung übertragen mußte.

Unter dem Eindruck des schrecklichen Ereignisses setzte Bismarck am 12. Juni im Bundesrat die Auflösung des Reichstages und die Anberaumung der Neuwahlen auf den 30. Juli durch. Er war besonders zornig auf die liberalen Parteien, sowohl auf die Fortschrittspartei, welcher er den Namen einer Ordnungspartei geradezu absprach, und die er fast der Sozialdemokratie gleichstellte, als auf die Nationalliberalen, die er beschuldigte, ihn im Stich gelassen zu haben, und ließ durch die Beamten wie durch die Regierungspresse beide Parteien aufs heftigste bekämpfen, während Ultramontane und Partikularisten unbehelligt blieben.

Das Ergebnis der Wahlen vom 30. Juli war daher zwar, daß die Liberalen fast 40 Sitze verloren und die Fortschrittspartei auf 24, die Nationalliberalen auf 101 Mitglieder sich verringerten, während die Konservativen und die Reichspartei auf je 57 Mitglieder stiegen. Dagegen wuchs das Zentrum auf 93 Mitglieder nebst 9 welfischen Hospitanten, und die Sozialdemokraten behaupteten 9 Wahlkreise.

Eine konservative Mehrheit hatte also der Reichskanzler nicht erlangt, und da die Ultramontanen sich im Wahlkampf, um Stimmen zu erobern, unbedingt gegen alle Ausnahmegesetze verpflichtet hatten, so mußte er sich, um das von neuem vorgelegte Sozialistengesetz genehmigt zu erhalten, in der am 9. September eröffneten außerordentlichen Reichstagssession mit den Nationalliberalen verständigen und manche Änderungen derselben an dem Gesetz zulassen. Dasselbe wurde am 19. Oktober mit 221 gegen 149 Stimmen auf 2½ Jahre (bis 31. März 1881) genehmigt, sofort veröffentlicht und zur Unterdrückung sozialdemokratischer Vereine und Zeitungen energisch angewendet.

Der inzwischen genesene Kaiser kehrte am 5. Dezember nach Berlin zurück und übernahm wieder die Regierungsgeschäfte.

Ein erfreulicheres Bild als die inneren Zustände Deutschlands bot seine äußere Lage dar. Ja, während der Kaiser an seinen Wunden schwer daniederlag, während die Wahlkämpfe tobten, war die Reichshauptstadt Berlin zum erstenmal der Sitz eines Kongresses der bedeutendsten europäischen Staatsmänner. Dieser Berliner Kongreß war zur Regelung der orientalischen Frage berufen worden.

Die Hetzereien panslawistischer Agitatoren hatten auf der Balkanhalbinsel von neuem Aufstände und kriegerische Verwickelungen hervorgerufen, welche Rußland zum Anlaß genommen hatte, als Protektor der slawischen Christen der Türkei 1877 den Krieg zu erklären. Der Reichskanzler hatte sich vergeblich bemüht, den Ausbruch desselben zu verhindern. Nachdem er ausgebrochen, strebte er vor allem danach, ihn auf die Balkanhalbinsel zu beschränken und ihn nicht zu einem europäischen Krieg werden zu lassen. Er setzte allen seinen Einfluß daran,

Österreich von einer Einmischung abzuhalten, und beobachtete selbst die strengste Neutralität. ...<<

Spanien: In Spanien beginnt im Jahre 1872 der 3. "Karlitenkrieg" (1872-76), um sozialistische Unruhen zu bekämpfen und den spanischen König Amadeus I. von Savoyen zu stürzen.

Großbritannien: Der britische Staatsmann Benjamin Disraeli (1804-1881, tritt 1817 vom Judentum zur anglikanischen Kirche über, 1868 sowie 1874-80 Premierminister) fordert am 24. Juni 1872 während einer Veranstaltung der Konservativen Partei in London eine "neue Kolonialpolitik" (x239/172): >>Wenn Sie auf die Geschichte dieses Landes ... blicken, so werden Sie finden, daß keine Bemühung ... von so viel Energie unterstützt und mit so viel Fähigkeit und Scharfsinn vorangetrieben worden ist, wie die Versuche des Liberalismus, die Desintegration (Auflösung) des Englischen Empire zu erreichen. ...

Es ist uns allen bewiesen worden, daß wir durch unsere Kolonien Geld verloren haben. Es ist mit mathematischer Genauigkeit nachgewiesen worden, daß es noch nie ein Juwel in der Krone Englands gegeben hat, das so wahrhaft teuer gewesen ist, wie der Besitz Indiens. ...

Meiner Meinung nach wird kein Minister in diesem Lande seine Pflicht tun, der eine Gelegenheit versäumt, so weit wie möglich unser koloniales Weltreich wiederaufzubauen. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die britischen Illuminaten (x364/49-53): >>... **Sie regieren die Welt**

Lady Queensborough schrieb vor etwa fünfzig Jahren: "Ein positiver Geist kann nicht kontrolliert werden. Wenn man eine okkulte Herrschaft errichten will, muß man den Geist der Menschen passiv und negativ ausrichten. Ein bewußt auf ein genau ins Auge gefaßtes Ziel hinarbeitender Geist ist eine Macht und kann als solche einer anderen Macht - zu gutem oder bösem Zweck - trotzen.

Das Streben nach Weltherrschaft kann allein durch die Aufdeckung dieses Prinzips verurteilt werden; da das Prinzip leider unentdeckt blieb, bleibt jenes Streben ohne Gegnerschaft, Zerstörung, Materialismus, Täuschung - dies sind Albert Pikes drei Ziele. Sie scheinen die heutige Welt zu regieren."

Vor einigen Jahren hörte der Verfasser den Präsidenten eines kleinen, unabhängigen College sagen, daß seit der Jahrhundertwende das "Erziehungssystem vom Kurs der Vernunft abwich und in Strudel und Untiefen geriet, und daß seitdem die Erzieher Gift in den verformbaren, arglosen Geist" der ihnen Anvertrauten geträufelt haben. Das ist völlig zutreffend - bis auf einen Punkt: das Erziehungswesen "wich nicht ab", es "geriet" nicht in Untiefen, sondern es wurde bewußt in sie hineingesteuert.

In seinem Buch "Tragedy and Hope" brüstet sich Professor Carroll Quigley offen, daß er viele Jahre lang ein Top-Insider gewesen sei und über Informationen aus erster Quelle darüber verfüge, wie die Verschwörung sich weltweit entwickelt habe. Über das englische Erziehungswesen schreibt er:

"Bis 1870 gab es in Oxford keinen Lehrstuhl für die Künste, aber in jenem Jahr wurde die Einrichtung dieses Lehrstuhls durch die Slade'sche Schenkung ermöglicht. John Ruskin wurde auf diesen Lehrstuhl berufen. Er schlug in Oxford wie eine Bombe ein nicht weil er über die schönen Künste las, sondern weil er außerdem über das Empire und Englands heruntergekommene Massen sprach und vor allem deshalb, weil er dabei einen moralisierenden Standpunkt einnahm."

John Ruskin (1819 bis 1890) wurde in London als Sohn eines wohlhabenden Weinhändlers geboren, von dem er ein riesiges Vermögen erbt. Sein Biograph Kenneth Clark schreibt in dem Buch "Ruskin Today" über Ruskin:

"Er sah, daß der Staat die Kontrolle über die Produktions- und Verteilungsmittel übernehmen mußte, um sie zum Wohl der Bürger zu organisieren; aber er wollte diese Staatskontrolle in

die Hände eines einzigen Mannes legen. "Es ist immer mein Ziel gewesen zu zeigen, daß einige Menschen manchmal auch nur ein Mensch - anderen ewig überlegen sind".

Von der Demokratie hielt er nur sehr wenig. Ich glaube, er hätte den Kommunismus trotz der materialistischen Philosophie gutgeheißen; speziell die Bauernkommunen in China entsprechen genau seinem Modell. Er hätte die Kur nicht für übler als die Krankheit gehalten, weil er sich keine üblere Krankheit vorstellen konnte als die kapitalistische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts."

Kurz, Ruskins Philosophie war reinsten Illuminismus. Diese Tatsache ist hinter einer sorgfältig errichtete Fassade verborgen geblieben. "Ruskin sprach zu den Oxford-Studenten als Angehöriger der privilegierten herrschenden Schicht. Er sagte ihnen, sie seien im Besitz einer großartigen Tradition in Hinsicht auf Erziehung, Schönheit, Gesetz und Recht, Freiheit, Anstand und Selbstbeherrschung.

Diese Tradition könne aber nicht bewahrt werden - und verdiene das auch nicht -, wenn sie nicht auch den untersten Schichten der englischen Gesellschaft und den nicht-englischen Massen überall in der Welt zugänglich gemacht würde. Wenn die kostbare Tradition nicht auf diese beiden großen Mehrheiten ausgedehnt werde, würden diese die Minderheit der oberen zehntausend in England ein für allemal überwuchern, was das Ende der Tradition wäre. Um diese Entwicklung zu verhindern, müßten die Massen und das Empire der Tradition teilhaftig werden."

Ruskin und seine verborgenen Hintermänner hatten einen verlockenden Köder ausgelegt, der von seinen Studenten, die alle aus der "obersten Schublade" der englischen Gesellschaft stammten, gierig verschlungen wurde.

Die äußeren Ringe des Bundes der Helfenden

Quigley schreibt dazu: "Ruskins Botschaft hatte eine sensationelle Wirkung. Seine Antrittsvorlesung wurde von einem der Studenten, Cecil Rhodes, der sie dreißig Jahre lang aufbewahrte, wörtlich mitgeschrieben. Cecil Rhodes (1853 bis 1902) beutete die Diamant- und Goldvorkommen Südafrikas aus, stieg bis zum Premierminister der Kapkolonie auf (1890 bis 1896), unterstützte politische Parteien mit Geld und kontrollierte Parlamentarier in England und Südafrika.

In beiden Ländern gelang es ihm, begeisterte Unterstützung für seine Ziele zu erlangen. Mit der finanziellen Hilfe Lord Rothschilds und Alfred Beits gelang es ihm, die südafrikanischen Diamantenfelder ... zu monopolisieren und ein riesiges Goldschürf-Unternehmen ... zu errichten.

Mitte der 90er Jahre hatte Rhodes ein jährliches Privateinkommen von mindestens einer Million Pfund Sterling, die er so freigebig für seine mysteriösen Vorhaben ausgab, daß sein Konto in der Regel überzogen war. Sein Hauptziel war es, die englischsprechenden Völker zu vereinigen und alle bewohnbaren Gegenden der Erde unter ihre Kontrolle zu bringen. Zu diesem Zweck steckte Rhodes Teile seines Riesenvermögens in die Gründung der Rhodes-Stipendien in Oxford, um so die Tradition der englischen herrschenden Klasse im Sinne Ruskins über die gesamte englischsprechende Welt zu verbreiten."

Professor Quigley zählt im folgenden auf, wieviele Mitglieder der britischen Oberklasse "ergebene Schüler" Ruskins wurden und ihr ganzes Leben dem Verfolg seiner Ideen widmeten.

Am 5. Februar 1891 schloß sich Rhodes' Gruppen mit einer von William Stead, "einem glühenden Sozialreformer", in Cambridge angeführten Gruppe zusammen, um die "Geheimgesellschaft zu gründen, von der Rhodes seit sechzehn Jahren geträumt hatte".

Diese Geheimgesellschaft hatte wie Adam Weishaupts Illuminaten "äußere Ringe", die als "Bund der Helfenden" bekannt waren. In den Gruppen von 1909 bis 1913 organisierte Lord Alfred Milner halbgeheime Gruppen, die als Round-Table-Gruppen bekannt wurden, in den bedeutendsten britischen Kolonien und den Vereinigten Staaten.

Sie blieben miteinander in Verbindung durch persönliche Korrespondenz, häufige Besuche und eine einflußreiche vierteljährlich erscheinende Zeitschrift "The Round Table", die 1910 gegründet und hauptsächlich mit Sir Abe Baileys Geld finanziert wurde. 1919 gründeten sie das königliche Institut für Internationale Angelegenheiten (Chatham House), dessen Haupt-Sponsoren Sir Abe Bailey und die Astor-Familie (Besitzer der "Times") waren.

Nach 1925 wurde eine ähnliche Organisationsform, das Institut für Beziehungen im Pazifischen Raum, in zwölf pazifischen Ländern etabliert, deren Sektionen in jeder britischen Kolonie mit der dortigen Round-Table-Gruppe und dem Königlichen Institut für Internationale Angelegenheiten verzahnt waren.

Die Macht und der Einfluß dieser Rhodes-Milner-Gruppe auf Angelegenheiten des Empire und die Außenpolitik nach 1889 sind, obwohl sie nicht allgemein erkannt wurden, kaum zu überschätzen.

Ähnliche Institute für internationale Angelegenheiten wurden von 1919 bis 1927 in den wichtigsten britischen Kolonien und in den Vereinigten Staaten errichtet, wo sie als Rat für äußere Beziehungen - Council on Foreign Relations, CFR - bekannt wurden. ...<<

China: Der deutsche Geograph Ferdinand Freiherr von Richthofen (1833-1905, reist durch Süd- und Ostasien sowie Kalifornien, erforscht von 1868-72 China) schreibt um 1872 über seine Forschungsreise durch China (x239/193): >>Jetzt versuche ich, etwas mehr Aufmerksamkeit für einen neuen Handelsweg nach dem südwestlichen China zu erregen, den die Franzosen in Angriff nehmen, während die anderen Nationen mit verbundenen Augen zusehen. ... Es handelt sich dort um die Hebung großer Schätze von Kupfer, Zinn und anderen Metallen, die außerordentlich billig produziert werden, bis jetzt aber nie einen Ausweg finden konnten.

...

Allein China birgt andere Schätze für den Weltmarkt, welche ihrer Hebung warten. Der Bedeutendste unter ihnen ist die unermesslich große, überaus billige und intelligente Arbeitskraft. ... Das mechanische Talent des Chinesen macht es ihm leicht, auf allen Gebieten der technischen Industrie die ihm gelehrten Handgriffe mit Geschicklichkeit auszuführen. Zähle Ausdauer und äußerste Geduld unterstützen dabei sein Aneignungstalent. ... Er erfüllt am vollkommensten das Ideal einer menschlichen Arbeitsmaschine, nicht allein, weil er gleichförmig wie eine Maschine, sondern auch weil er zugleich intelligent arbeitet. ...

Fremdes Kapital wird nicht verfehlen, die Gelegenheit zur billigen Herstellung von Manufakturen für den Weltmarkt zu benutzen. ...<<

Japan: Im Jahre 1872 wird in Japan die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt.